

— Zwanzigster Jahrgang. —

Nr. 2.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 6. bis 12. Januar 1911.

Posen, den 17. Januar 1911.

Aus den Blättern der Provinz Posen.Aus Nr. 6 des Oredownik (Posen)
vom 8. Januar 1911:**Vom polnischen Zentralwahlkomitee.**

Im Sinne des § 12 der Satzungen wird der nachstehende Beschluß des polnischen Zentralwahlkomitees bekannt gegeben:

1. Es wird empfohlen, daß nach dem Muster des Regulativs des Berliner politischen Komitees alle übrigen Regulative die Gründung von Wahlvereinen berücksichtigen.
2. Die Vorschriften betreffend das ev. Abschließen von Kompromissen mit anderen Parteien sind den Satzungen des polnischen Zentralwahlkomitees anzupassen, indem man die Sache gemäß § 10 Abs. 1 und 2 dieser Satzungen diesem polnischen Zentralwahlkomitee zur Entscheidung überträgt.
3. Die einzelnen Regulative haben in das Bereich der Tätigkeit nicht nur die Wahlen zum Deutschen Reichstage und zum preussischen Landtag, sondern auch alle übrigen Wahlen, also die Kommunal-, Klassenwahlen usw., hineinzuziehen.
4. Das Verhältnis der Wahlbehörden zur Presse ist gleichmäßig zu regeln, da bisher in dieser Hinsicht die Satzungen verschieden lauteten.
5. Aus dem Wahlregulativ für das Großherzogtum Posen ist in § 10 der Instruktion, die übrigens allen übrigen Komitees empfohlen wird, die gesetzliche Vorschrift zu berücksichtigen, nach welcher von dem Augenblick der Ausschreibung der Wahlen zum Reichstage und zum Abgeordnetenhaus an bis zur Vollendung der Wahlen auf der Polizei keine Meldung bewerkstelligt zu werden braucht.
6. Das Statut für die Polen in Westfalen, Rheinland und den Nachbarprovinzen auf dem linken Elbufer, mit dem Sitz in Bochum, hat eine genaue Bestimmung seiner Aufgabe zu enthalten.
7. Das Statut des Berliner politischen Komitees soll eine deutliche Vorschrift darüber enthalten, wenn die Einberufung von Versammlungen obliegt.

Posen, den 4. Januar 1911.

Das polnische Zentral-Wahlkomitee.

St. v. Siforski, Vorsitzender. Dr. Rozanski, Schriftführer.
M. Wienfowski, Schatzmeister. St. Cegielski. Maximilian
Hank. Dr. Krysiwicz. Dr. St. Laszewski. Karl Rose.
St. Siforski. Johann Wilkowski. Pfarrer Dr. v.
Wolfslegier.

Aus Nr. 4 der Gazeta Ostrowska (Ostrowo)
vom 10. Januar 1911:**Seien wir bereit!**

Es ist bekannt, daß in diesem Jahre die Legislaturperiode des Deutschen Reichstages ihr Ende erreicht. Nur ist es nicht bekannt, ob vor den Herbstferien oder erst im November der Reichstag aufgelöst wird. Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg gab, als er von einem Reporter eines Berliner Blattes befragt wurde, wann ungefähr die Wahlen zum neuen Reichstage stattfinden werden, eine ausweichende Antwort. Aus einigen Anordnungen der Staats- und Militärbehörden kann angenommen werden, daß die Wahlen schon im Herbst stattfinden werden. . . .

Die deutsche Presse aller Schattierungen beschäftigt sich schon lebhaft mit den kommenden Wahlen.

Es wäre an der Zeit, daß auch unsere Wahlbehörden nach einer längeren Ruhepause ein Lebenszeichen von sich gäben, und sich, wenn auch nur mit der Vorbereitung der Mittel für den uns erwartenden Kampf beschäftigten, und dies um so mehr, da man uns Polen in Folge des Maulkorbparagraphen die Vorbereitung zu den Wahlen bedeutend erschwert hat. Daher nicht warten, bis die neuen Wahlen amtlich angekündigt sein werden, denn dann wird es nicht an der Zeit sein, Beiträge zu Wahlzwecken zu sammeln, und um so weniger, die Unaufgeklärten zu belehren und die Schlafenden zu wecken. Der Sprachenparagraph gestattet in den Kreisen, die noch nicht 60% polnischer Bevölkerung besitzen, in öffentlichen Versammlungen nur von der Zeit der amtlichen Bekanntmachung der Wahlen an bis zur Beendigung derselben polnisch zu sprechen.

Wird es angesichts dieser Tatsache möglich sein, überall die Wähler daran zu erinnern, daß sie z. B. die Wählerlisten durchsehen, die nur acht Tage lang ausgelegt werden? Bekannt sind uns doch die Schwierigkeiten, mit denen wir zu kämpfen haben, wenn wir einen Saal zu Versammlungen dort erlangen wollen, wo das fremde Element numerisch überwiegt. Oft sind lange Verhandlungen mit den Saalbesitzern, Beschwerden gegen die Polizeibehörden (namentlich in den Grenzmarken und in Westpreußen), daß sie gegenwärtig die Abhaltung der Versammlung bald in diesem, bald in jenem Lokal verboten haben, notwendig. Indes verstreicht die vorgeschriebene Zeit der Auslegung der Listen, und der größte Teil der Wähler dachte nicht einmal daran, sich zu überzeugen, ob die Eintragungen in die Listen richtig erfolgt sind. Auf diese Weise gingen uns nämlich schon Hunderte und Tausende von Stimmen verloren.

Es liegt nicht in unserer Macht, solche Hindernisse gänzlich zu beseitigen. Doch könnten wir mit großem Erfolg ihnen entgegenwirken, wenn alle Mitglieder

der Kreiskomitees und deren Vertrauensmänner ihre Pflicht gewissenhaft erfüllen würden. Wo uns der Mund geknebelt, und wo es uns nicht erlaubt ist, in den Versammlungen polnisch zu sprechen, dort müßten die Wahlvereine in geschlossenen Gesellschaften sich versammeln und beraten, wann, wie und was man tun müsse — dort müßte jeder aufgeklärte Mensch es für seine strenge Pflicht halten, in der nächsten Umgebung Agitator, Lehrer und Kollekteur für Wahlzwecke zu sein. Wo jedoch der Paragraph 13 noch nicht verpflichtet, dort müßten die Kreis- und Ortskomitees, ohne erst die letzten Augenblicke vor den Wahlen abzuwarten, schon beizeiten Informationsversammlungen veranstalten, und in diesen alle Teilnehmer sowohl über das Wahlregulativ als auch über die Pflicht der Ausnutzung aller Rechte, die uns noch das Regierungssystem belassen hat, zu belehren.

Weiter vergessen wir nicht die Grenzmarken und Ost- und Westpreußen, wo Tausende von unseren Landsleuten, welche von der germanischen Welle umgeben sind, mit Sehnsucht darauf warten, in den Versammlungen ein polnisches Wort zu hören und dieses sich oft wegen Geldmangel nicht leisten können, da sie nicht imstande sind, die Miete für das Lokal zu bezahlen.

Dorthin Hilfe zu bringen, bedeutet den Wall, der durch den Ansturm des Feindes beschädigt wurde, zu verstärken. Denken wir daran, daß unsere Grenzmarken unsere Vormauern sind.

Die Bewohner dieser Marken führen einen weit schwereren Kampf um jede Spanne Erde, um jede Stellung und um jeden Laut der polnischen Sprache als wir, und sie bringen für diese Schätze oftmals Opfer, von denen wir hier nicht einmal träumten. Also eilen wir ihnen zur Hilfe.

Fr. B.

Aus Nr. 4 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 5. Januar 1911:

Betrifft die Enteignung.

Unter Bezugnahme auf den Artikel der Gazeta Grudziöndzka Nr. 120 vom 6. Oktober, überseht in Nr. 41/1910 des Gesamtüberblicks auf Seite 1035 f. schreibt der Dziennik:

„Obige Auslassung haben wir ganz wiedergegeben, da wir sie für ein bezeichnendes Zeichen der Zeit halten. Die Gazeta Grudziöndzka hat 100 000 Abonnenten. Kein anderes politisches Blatt in irgend einem der polnischen Gebiete erreicht diese Zahl. Es lesen die Gazeta Grudziöndzka nicht 100 000, sondern mehrere Hunderttausende. Man kann daher ohne Übertreibung sagen, daß die gerade in dieser Frage von der Gazeta Grudziöndzka zum Ausdruck gebrachte Ansicht tatsächlich die in breiten Schichten des Volkes, speziell der Arbeiterschaft verbreitete Meinung ist.“

Wir brauchen nicht hinzuzufügen, welche Gefahr für unsere sozial-nationalen Verhältnisse wir in einer solchen Bewegung, wie sie gegebenenfalls die Gazeta Grudziöndzka ankündigt, erblicken. Diese Ankündigung bildet allerdings ein schreckliches Momento für den deutschen Großgrundbesitz, der sich heute die nationale Spaltung zwischen der polnischen und deutschen Arbeiterbevölkerung zunutze macht. Aber andererseits erblicken wir darin ein ebenso starkes Momento für uns selbst. Es öffnet sich vor uns ein neuer Abgrund, vor welchem unser Volk geschützt werden muß. Die Rache für die Enteignung kann eine leichte sein, das bestreiten wir nicht. Die Stärkung der deutschen Bewegung gegen den Großgrundbesitz durch eine parallele polnische

Bewegung würde den deutschen Baronen zweifellos die regelrechte Wirtschaftsführung erschweren, sie würde aber uns selbst, unser Volk, die Seele unserer Nation auf solche Abwege führen, die schlimmer zu nennen wären, als alles das, was bisher gewesen ist. Die Regierungspolitik drängt uns zum Sozialismus und Radikalismus, das ist wahr; es ist aber unsere Sache, uns nicht von unserem bisherigen Standpunkt verdrängen zu lassen.

Dieser Ansicht ist auch der Abgeordnete Franz v. Morawski, der im Gespräch mit einem Vertreter des Krafauer Czaa auf die Gefahr hingewiesen hat, die uns von dieser Seite her droht, und welcher dringend vor einem für den Fall der Enteignung zu erwartenden Anschluß unserer Volksschichten an die deutsche soziale Bewegung warnt. Das Fühlen sollte, selbst wenn es noch so sehr empört wäre, in diesem Falle der kühlen Überlegung und dem Achten auf das nationale Interesse untergeordnet werden. Versuchungen kann es geben und gibt es auch bestimmt, es gilt aber, sich ihnen mit aller Kraft zu widersetzen und ihnen keinen Augenblick nachzugeben.

Eine dritte Äußerung, über die wir heute berichten, ist ein Leitartikel der sehr polenfeindlichen Post, welche in langen Ausführungen die schon mehrfach von der deutschen Presse besprochene Broschüre des Herrn v. Morawski, betitelt „Der kommende Tag“, angreift. In der Polemik gegen Herrn v. Morawski entschlipfen dem habsburgischen Organ interessante Äußerungen. Unter anderem bedauert es, daß die in der Broschüre enthaltenen Argumente bisher nicht an Bedeutung eingebüßt haben, und weiter sagt es, es wäre, falls die Morawskische Behauptung wahr wäre, daß die Enteignung der Anfang vom Ende für die deutschen Konservativen sei, besser, die Konservativen den Interessen des Deutschtums zu opfern. Diesen Artikel der geehrten Post sollten sich die Grafen und Fürsten, welche für die Enteignung gestimmt haben, durchlesen.

Aus Nr. 3 des Lech (Gnesen)
vom 4. Januar 1911:

Der Abgeordnete von Dziembowski und die Verschacherung Reisens.

Als vor einigen Jahren Nachrichten über die Verhandlungen des Fürsten Sulkowski und seiner Agnaten mit der Preussischen Regierung um Reisen in die Öffentlichkeit gelangten, und als man erfuhr, daß die Regierung den Agnaten 4 Millionen Mark zahlen will, so stellte sich jeder unwillkürlich die Frage: Wofür zahlt denn eigentlich die preussische Regierung jene Millionen? Diejenigen, die ein Interesse daran hatten, daß die Angelegenheit geheim bleibt, verbreiteten das Gerücht, daß die preussische Regierung eigentlich gar nicht verpflichtet gewesen sei, diese Summe zu zahlen, sie habe es nur dank den Einflüssen des Grafen Wodziecki und dessen Protektors, des Erzherzogs Ferdinand, oder eines anderen, die angeblich bei der preussischen Regierung für die Agnaten Fürsprache einlegten, getan. Dieses für Naive bestimmte Gerücht fand noch genug Gläubige.

Dieses Gerücht kannte auch der Abgeordnete von Dziembowski, er wußte genau, daß es einfach eine Lüge ist, dazu bestimmt, die Gesamtheit irre zu führen, doch er hielt es nicht für nötig, ihm öffentlich entgegenzutreten, wie das seine Pflicht gewesen wäre. Dadurch ist er zum Mitschuldigen der öffentlichen Lüge geworden. Und doch hatte er Gelegenheit, dieses Gerücht in Abrede zu stellen, da er doch einige polnische Zeitungen wegen

Beleidigung verklagte, weil ihm vorgeworfen worden ist, daß er beim Verkauf Reijens auch eine Rolle gespielt habe. Was schlimmer ist, der Abgeordnete von Dziembowski sorgte dafür, daß man die Reijener Angelegenheit in einigen polnischen Zeitungen systematisch in einem falschen Lichte darstellte. Hauptsächlich hat man versucht, der polnischen Gesamtheit zu beweisen, daß man für sie Reijen nicht retten könne, weil der Fiskus der rechtliche Nachfolger und Erbe der früheren Edukationskommission sei und als solcher ein Anrecht auf Reijen habe. Doch hat man dabei gänzlich verschwiegen, daß Reijen der Stiftungsurkunde gemäß ungeteilt bleiben und seine Einkünfte für die Ausbildung der polnischen Jugend verwenden sollte.

An all diesen Drehereien trägt der Abgeordnete von Dziembowski insofern die Schuld, daß er ihnen nicht entgegen getreten ist und der Gesamtheit nicht beizeiten schon die Augen für den Kern der Reijener Angelegenheit geöffnet hat. Ob den Abgeordneten von Dziembowski noch eine andere schwere, unmittelbare Schuld trifft, das wollen wir hier nicht untersuchen, und dieses wird auch höchstwahrscheinlich in ein ewiges Geheimnis gehüllt bleiben.

Es kam endlich ans Tageslicht, warum die preussische Regierung dem Grafen Wodzicki und Genossen die vier Millionen Mark zahlt. Diese haben nämlich dafür gesorgt, daß ein in aller Eile zusammengerufener Familienrat sich damit einverstanden erklärte, daß Reijen des Charakters eines Majoratsgutes verlustig gehen sollte und ein gewöhnliches Gut würde, das man teilen, parzellieren und in einzelnen Teilen verkaufen könne. Auf diese Weise ist die Regierung der Pflicht, die Einkünfte Reijens zu polnischen Erziehungszwecken verwenden zu müssen; entbunden worden. Der Abgeordnete von Dziembowski wußte es, wofür Wodzicki und Genossen die Judas Silberlinge genommen haben, doch speiste er die Gesamtheit mit Schweigen ab, indem er sich hinter das Amtsgeheimnis versteckte usw. Die vor zwei Jahren angekündigte Aufklärung ist bis heute noch nicht erschienen, so daß man sogar im eigenen Lager schon anfängt, für das Schoßkindchen zu bangen. (Folgt Abdruck des Artikels über Reijen, der in Nr. 1 des Przeglądu Wielkopolski erschienen und auch in Nr. 1 des Gesamtüberblicks zum Abdruck gelangt ist. Red. d. Gef.-Überbl.).

Herr Abgeordneter von Dziembowski, wie lange noch wollen Sie in der Lüge verharren?

Aus Nr. 4 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 5. Januar 1911:

Bedrohte Güter.

Herr Boleslaus Szczaniecki, der Besitzer von Lubczyn und Rudniczyzsko, Kreis Kempen, beabsichtigt, Rudniczyzsko, ein Gut von etwa 2000 Morgen Größe, zu verkaufen. Wir warnen Herrn Szczaniecki sowohl vor dem Vermittler, als auch vor dem Kandidaten für den Erwerb von Rudniczyzsko. Der Name des Ersteren ist mit dem Verlust von Morawie, der des zweiten mit dem Verkauf des Gutes Gogolewo an Kennemann-Klenka verknüpft. Wir wollen nicht glauben, daß der Hinweis auf das Vermögen der künftigen Frau des Kandidaten, die noch dazu, soweit uns bekannt, eine Deutsche ist, für Herrn Szczaniecki eine hinreichende Bürgschaft wäre. Jedenfalls kann Herr Szczaniecki gegebenenfalls nicht sagen, daß er von keiner Seite her gewarnt worden sei.

Aus Nr. 6 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 8. Januar 1911:

Rudniczyzsko nicht verkauft.

Man teilt uns mit, Herr B. Szczaniecki sei infolge der ihn warnenden Mitteilungen von den Verhandlungen mit Herrn M. Bondkowski zurückgetreten und er werde ihm Rudniczyzsko nicht verkaufen. Wir bemerken, daß der Kontrakt dieser Tage abgeschlossen werden sollte.

Aus Nr. 6 des Ogródownik (Posen)
vom 8. Januar 1911:

In Sachen von Rudniczyzsko,

welches Herr Marian Bondkowski von Herrn Bol. Szczaniecki abzukaufen beabsichtigt, kam jetzt sein Bruder, Herr Wladislaus Bondkowski zu uns. Er versicherte, sein Bruder beabsichtige Rudniczyzsko ausschließlich für sich zu erwerben, und er wies uns verschiedene Quellen nach, die uns über den Bruder Günstiges mitteilen sollten. Gemäß dieser Weisung haben wir Informationen eingeholt, auf Grund deren wir, was folgt, feststellen:

1. Herr Marian Bondkowski soll ein guter Landwirt sein.
2. Von anderen persönlichen und bürgerlichen Vorzügen dieses Herrn weiß niemand etwas.
3. Herr Marian Bondkowski ist mit einer Deutschen aus Berlin verlobt, von deren Vermögen er ebenfalls nichts Positives sagen kann. Persönlich besitzt er nicht annähernd ein Vermögen, welches zum Erwerb von Rudniczyzsko hinreichte.
4. Das Gut seines Vaters, Gogolewo, ist auf dem Wege der Zwangsversteigerung in die Hände des Herrn Kennemann-Klenka übergegangen.

Die an den von Herrn Boleslaus Bondkowski angegebenen Quellen eingezogenen Informationen sprechen somit mit Ausnahme des ersten Punktes gegen Herrn Marian Bondkowski.

Aus Nr. 8 des Ogródownik (Posen)
vom 11. Januar 1911:

In der letzten Sitzung des

Bereins der Journalisten und Literaten

in Posen vom 31. Dezember 1910 wurden nach erschöpfender Diskussion die nachstehenden beiden Resolutionen beschlossen:

1. Der Verein der Journalisten und Literaten für das Deutsche Reich verurteilt aufs strengste die unwürdigen gegenseitigen Angriffe zweier polnischer Blätter — der Gazeta Grudziomska und des Wiarius polski, welche nicht nur dem Journalistenstande, sondern auch der ganzen polnischen Volksgemeinschaft unerseßlichen Schaden bringen.

2. Es ist in letzter Zeit in einem Falle vorgekommen, daß ein polnischer Kläger und dessen Sachwalter eine Klage wegen Beleidigung durch eine gewisse Zeitung nicht nur gegen den verantwortlichen Redakteur, sondern darüber hinaus gegen den Chefredakteur gerichtet haben. Es ist ferner in zwei Fällen vorgekommen, daß polnische Kläger und polnische Sachwalter als Zeugen gegen Redakteure deren eigene Redaktionskollegen geladen haben.

Mit diesen Erscheinungen hat sich die Sitzung des Vereins der Journalisten und Literaten für das Deutsche Reich am 31. Dezember befaßt und beschlossen, prinzipiell in entschiedener Weise dagegen zu

protestieren, daß vor dem preussischen Gericht die Chefredakteure, Mitarbeiter und Verleger statt der verantwortlichen Redakteure angeklagt werden, sowie dagegen, daß von deren Redaktionskollegen eidliche Befundungen erzwungen werden.

Der Vorstand des Vereins der Journalisten und Litteraten.

Aus Nr. 7 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 10. Januar 1911:

Polnische Angelegenheiten.

Ein neuer antipolnischer General.

Kürzlich ist General Spitz, der Chef aller Kriegerverbände in Preußen, gestorben. An seine Stelle wurde General Lindequist gewählt.

Ist denn das eine so wichtige Nachricht, daß sogar polnische Zeitungen sich mit diesem Vorgang beschäftigen? Wird wohl so mancher Leser fragen. O ja und sehr wichtig sogar, denn die Kriegerverbände sind die größten Schadenstifter für unsere nationale und soziale Sache, die größten Hindernisse für die Entwicklung der nationalen Bewegung und den Fortschritt des Arbeiters. Manchmal dienen diese Vereine sogar den Feinden der katholischen Kirche.

Der verstorbene Chef der Kriegerverbände, General Spitz, war ein verbissener Feind der Polen. So oft es um irgend welche Wahlen ging, gab er den Mitgliedern der Kriegerverbände den Befehl, daß es ihnen nicht erlaubt sei, für die Polen zu stimmen; er befahl ihnen, für unsere verbissendsten Feinde, die Hakatisten, zu stimmen. Die Organisation der Arbeiter verfolgte er und erlaubte den Arbeitern, die einem Kriegerverbande angehörten, nicht der polnischen Berufsvereinigung beizutreten. In den Kriegerverbänden befahl er, die polnische Vergangenheit und den polnischen Namen zu entehren, das polnische Volk zu germanisieren u. ihm die Anhänglichkeit zur Sprache und vaterländischen Sitte zu rauben. Doch leider muß es mit Scham zugestanden werden, daß trotzdem Hunderte und Tausende des polnischen Volkes im ganzen preussischen Anteil sich in diese Kriegerverbände drängen. Sie setzen doch ihre polnische Nationalität und oftmals auch ihren Glauben der Gefahr aus, sie gehen dem Polentum verloren und verstärken die Reihen unserer Feinde. Hunderte und Tausende der polnischen Arbeiter drängen sich in diese Kriegerverbände, wo man statt Aufklärung Verdummung spendet, wo man, statt sie über die Verbesserung der Lebenshaltung zu belehren, sie in sozialer Hinsicht verdummt und ihnen nicht erlaubt, den Arbeiterorganisationen anzugehören, sie ihrer Bürgerrechte beraubt und in dumme und passive Rekruten verwandelt. Mit dem Tode Spitz's hat sich das System in den Kriegervereinen nicht geändert, denn Herr Lindequist wird die Fußtapfen des Verstorbenen treten.

Doch das polnische Volk mußte zur Befinnung kommen, und sein Fuß dürfte die Schwelle der Kriegerverbände nicht überschreiten.

Ach, wenn wir doch einmal die Zeiten erwarten könnten, wo kein Pole diesen hakatistischen Verbänden mehr angehören wird. Überredei, liebe Brüder, die irrenden Landsleute, damit sie die Reihen unserer Feinde verlassen und sich mit uns Nationalisten in den polnischen anständigen Verbänden und Organisationen vereinigen. Tretet aus diesen Kriegerverbänden aus, denn dort verbreitet man die Dummheit und erschwert euch den Kampf um ein besseres Dasein! Kein polnischer Fuß darf je die Kriegerverbände betreten!

Aus Nr. 1 des Przegląd Kupiecki (Posen)
vom 1. Januar 1911:

Neujahr.

Das alte Jahr 1910 ist verflossen und mit dem heutigen Tage überschreiten wir die Schwelle des „neuen Jahres“ 1911 — wir stehen vor einer langen Zeit, in welcher die Vorsehung die Schicksale unseres weiteren Laufes und des Daseins verbirgt. Wir wissen also nicht, was uns die Zukunft bringen kann, wir müssen uns aber sofort vergegenwärtigen, was für Vorteile bzw. Nachteile uns die Vergangenheit gebracht hat. Als Kaufleute müssen wir eine Jahresbilanz unserer Arbeit zusammenstellen, wir müssen uns überzeugen, ob das vergangene Jahr für uns von Vorteil oder von Nachteil und Ausfall war. Dann können wir nur die weiteren Konsequenzen der Arbeit in unserer Organisation ziehen, dann werden wir die Fehler, soweit wir welche begangen haben, erkennen, wir können dann das Böse gut machen und die Schritte unserer Bewegung auf bessere und vorteilhaftere Bahnen lenken.

Der Jahresbericht für das Jahr 1910, welcher in kurzer Zeit erscheinen wird, wird uns die einzelne Arbeit unserer Vereine nachweisen, den ausführlichen Überblick unserer Vereinigung vor die Augen führen und die Bilanz unserer Bemühungen darstellen, ob das Jahr 1910 für uns ein Jahr von ergiebigem Ertrag, oder ob es ein auf dem Gebiete unserer Anstrengungen und Bestrebungen unfruchtbares Jahr war.

Wir wollen heute nur beiläufig die Aufmerksamkeit darauf richten, daß wir bezüglich der Zahl im Jahre 1910 einen wichtigen Schritt vorwärts gemacht haben. Während wir den Jahresbericht vom Jahre 1909 mit 48 Vereinen in unserer Organisation abgeschlossen haben, können wir uns in diesem Jahre mit einem bedeutenden Zuwachs loben, denn wir zählen heute 59 organisierte Vereine, also 59 Stützpunkte. Mithin haben 11 neue Vereine den Stamm der Vereinigung verstärkt. Es sind dies die Vereine in Czarnitau, Culm, Danzig, Berlin, Kostrzyn, Schildberg, Pafosch, Stettin, Dirschau, Bronke und der in den letzten Tagen des alten Jahres, und zwar am ersten Weihnachtsfeiertage, neugegründete Verein in Bochum. Es muß hier die Erscheinung unterstrichen werden, daß heute die Grenzen des Großherzogtums zu eng sind, denn Preußen und Schlessien reichen zur Verpflanzung der Wurzel unseres Organisationsstammes nicht aus, heute reichen wir über die Grenze unserer Heimat, denn wir erfreuen uns an dem Erwerb mehrerer Vereine in der Fremde, wie Stettin, Danzig und Bochum. Das ist ein unbestrittener Beweis, daß sich der Organisationsgeist immer mehr unter unserer kaufmännischen Jugend hebt, daß das Verständnis unter den Handlungsgehilfen für die Idee der Vereinigung immer mehr zunimmt.

Man braucht auch nicht zu beweisen, daß mit dem Maße des Entstehens neuer Vereine sich auch die Mitgliederzahl hebt.

Der Jahresbericht vom Jahre 1909 weist nach, daß wir am Schlusse des Jahresberichts nicht ganz 2000 Mitglieder zählten. Heute ist auch hier die Zahl erheblich in die Höhe gegangen, denn wir zählen heute voraussichtlich wenigstens 2400 bis 2500 Mitglieder. Eine genaue Zahl kann vorläufig nicht angegeben werden.

Unsere Organisation gehört heute daher zu den größten Organisationen in der polnischen Gesamtheit. Da man ihre Arbeit auf intensivere Wege leiten will, so entstand der Gedanke, Bezirke zu bilden. Das Projekt der Sitzungen jener Bezirke wurde vor einem Monat im Przegląd Kupiecki veröffentlicht, und es wird Aufgabe der künftigen Zusammenkunft der Vertreter sein, die Sache endgültig zu dem gewünschten Ziele zu bringen.

In sozialen Angelegenheiten unseres Standes haben wir, soweit es sich um unsere Organisation handelte, regen Anteil genommen. Es muß hier an die Versammlung erinnert werden, welche wir gemeinsam mit den deutschen Organisationen anfangs März 1910 in Posen in der Versicherungsangelegenheit für Privatbeamte und Handlungsgehilfen veranstaltet haben, an die Erlangung der Unterschriften zu diesem Zwecke seitens der Mitglieder unserer Vereine und weiter an die Aufrufe bezüglich der Arbeitszeitverkürzung für Handlungsgehilfen. Leider waren uns nicht alle Vereine bei dieser Arbeit behilflich, denn in Sachen der Privatversicherung sind uns z. B. kaum von der Hälfte unserer einzelnen Vereine Unterschriften zugegangen.

Hinsichtlich der Aufklärung sind wir sehr weit vorwärts gekommen. Die Bewegung in unseren Vereinen ist in dieser Hinsicht im Vergleich zu den früheren Zeiten bedeutend weiter vorgeschritten. Beinahe jede Zusammenkunft unserer einzelnen Vereine wird heute durch einen Vortrag, überwiegend aus dem beruflichen Gebiete, belebt. Die Diskussionen sind lebhaft und verraten weittragendes Verständnis für die Sache.

Das ist die beiläufige Skizze der Arbeit in unserer Bewegung, eine Handvoll Beobachtungen, erfreuliche Erscheinungen und ein Ansporn zum Vorwärtsschreiten in der einmal gewählten Richtung, zum Kampf und zur Tat in der Idee der Vereinigung.

So treten wir ein in das neue Jahr unserer Arbeit; schreiten wir dreist und willig vorwärts, schauen wir Unzaghaften und Mutigen siegesgewiß im Namen der guten Sache der Zukunft entgegen, und die Vorsetzung möge das weitere Schicksal unseres nationalen Schiffes lenken — möge sie auch unsere Arbeit segnen.

Aus Nr. 1 des Kupiec (Posen)
vom 1. Januar 1911:

Unter der Spitzmarke

„das hafatistische Verzeichnis der Kaufleute“
schreibt das Organ des polnischen kaufmännischen Verbandes u. a. folgendes:

Viele unserer Kaufleute und Handwerker werden von den Landsleuten nicht gehörig unterstützt. Trotzdem uns die Hafatisten im Boykottieren der Deutschen Fanatismus vorwerfen, verdanken doch viele deutsche und jüdische Unternehmungen zum großen Teile den Polen ihre Existenz.

Viele polnische Kaufleute beziehen ihre Waren von deutschen Fabriken und deutschen Großhändlern. Unsere Industrie ist viel zu wenig entwickelt, um uns alle Waren liefern zu können, die wir brauchen. Die bestehenden polnischen Fabriken könnten aber mehr Unterstützung finden, wenn wir weniger Gefallen an dem Fremden hätten. Es müßten immer mehr polnische Fabriken entstehen, wir werden auf diese Weise auf die Angriffe der Hafatisten nicht mit Worten, sondern mit der Tat antworten.

So weit wir gezwungen sind, deutsche Fabriken in Anspruch zu nehmen, müssen wir von ihnen polnische Korrespondenz verlangen, die Beschäftigung polnischer Reisenden und Agenten.

Wir können uns nach den guten Fingerzeigen der Hafatisten richten; doch soll man ihnen nicht nachahmen im Bösen wie z. B. im Fanatismus, der den Fanatikern selbst und ihren Nachkommen schadet, denn er schreckt die polnischen Abnehmer von ihnen ab. Deshalb ärgern sich manche deutschen Kaufleute darüber, daß die Hafatisten ihre Namen in das von ihnen herausgegebene Verzeichnis aufnehmen, das häufig in die Hände von Polen gelangt.

Unterstützen wir daher den polnischen Handel und die polnische Industrie und hüten wir uns davor, hafatistische Fehler zu begehen.

Aus Nr. 1 des Robotnik (Posen)
vom 8. Januar 1911:

Mit einer guten Kunde.

Mit der gegenwärtigen Nummer beginnt der Robotnik das siebente Jahr seines Bestehens. Also schon etliche Jahre rechtlichaffener Arbeit für eine gute Sache liegen hinter uns.

„Jeder Anfang ist schwer“, sagt ein Sprichwort, so ist es überall, so mußte es auch mit unserem Blatte sein. Nachdem wir die ersten Schwierigkeiten überstanden haben, können wir nunmehr die Existenz des Robotnik als völlig gesichert betrachten. Er stützt sich heute auf nahezu 30000 seiner Leser, die Mitglieder unserer Verbandsvereine sind, er steht nicht nur auf fester Grundlage, sondern er gibt auch dem ganzen Verbandsvereine einen festen Halt. Aus seinen Einnahmen werden unsere so nützlichen Einrichtungen unterhalten, vor allen Dingen unsere kostenlosen Rechtsschutzbureaus. Ohne unsere Zeitung, ohne ihr weitverbreitetes Abonnieren in unseren Vereinen könnten wir diese nicht gründen und nicht erhalten.

Schon dieser eine Umstand beweist, daß die Unrecht haben, die über unsere Zeitung klagen, man müsse so viel Geld für sie aus der Vereinskasse zahlen. Es sollte doch jeder einsehen lernen, daß durch unsere Rechtsschutzbureaus unseren Mitgliedern das Geld, das für den Robotnik ausgegeben wird, mit hohen Zinsen zurückerstattet wird.

So manch einer wird sagen: Was gehen mich denn die Rechtsschutzbureaus an? Ich hatte von ihnen bis jetzt noch keinen Nutzen, und für meine Zeitung zahlt der Verein einen Beitrag an den Verband. Es ist vielleicht wahr, daß bis jetzt von unseren Rechtsschutzbureaus noch nicht viele Nutzen gehabt haben mögen. Aber es ist auch wiederum wahr, daß manch einer so gesprochen und die so sehr wichtige Einrichtung des Verbandes gering geschätzt hat; er hat es aber gar nicht vermutet, daß auch die Reihe an ihn gekommen, daß er in kurzer Zeit ebenfalls gezwungen war, Rat einzuholen.

Dann aber muß man auch daran denken, daß doch so viele unserer Brüder, welche diese Hilfe tatsächlich nötig brauchen, aus unseren Bureaus Nutzen ziehen. Diese Hilfe würden sie nicht haben, wenn nicht alle unsere Vereine für die Zeitung zahlen möchten.

Nach längerer Zeit wird man sich auch wieder einmal eingehender mit dem Inhalte unseres Blattes befassen müssen.

Der Robotnik ist vor allen Dingen das Organ, das amtliche Blatt unseres Verbandes. Es ist klar, daß der Verband, daß die Vereine eines solchen amtlichen Blattes bedürfen. Wir können dreist behaupten, daß weder der Verband noch die Vereine längere Zeit bestehen könnten, wenn wir den Robotnik nicht hätten.

Wir bringen also in unserer Zeitung an erster Stelle stets „Verbandsnachrichten“, d. h. wir berichten über alles das, was im Verbandsverbande vorgeht, wir bringen also: Nachrichten über die Gründung neuer Vereine, Berichte über Sitzungen des Hauptvorstandes usw. Den Rest des Blattes füllen wir mit Artikeln. —

Und worum hat es sich nur in diesen unsern Artikeln stets gehandelt und worum wird es sich nur in ihnen handeln?

Die Leser wissen es, daß der Robotnik über solche Sachen schreibt, die den Arbeiterstand betreffen.

Der Robotnik verkündet seinen Lesern, den Arbeitern, vor allen Dingen gesunde Grundsätze. Er berichtet manchmal über Vorkommnisse aus dem täglichen Leben, er spricht von der Arbeit, von den Rechten und Pflichten, von Versicherungen usw., er bringt aber von allem so viel, als sich dies auf das Leben unserer Arbeiter bezieht. Er schreibt aber so, wie wir uns das alles nach den unerschütterlichen und heiligen Grundsätzen unseres katholischen Glaubens erklären sollten.

Daß wir schließlich unser Blatt so führen, daß der Arbeiter in ihm Belehrung und redliche Hilfe finden in seinen eigenen Interessen, das wissen unsere Leser bereits. Man darf sich nur die bisherigen Inhaltsverzeichnisse des Robotnik ansehen; in ihnen finden wir eine große Menge Verhandlungen über Versicherungen und Steuern, über Schulangelegenheiten, Militär- und Rentensachen.

Man muß unsere Zeitung nur fleißig und aufmerksam lesen, und es wird alsdann niemand sagen können, daß er keinen Nutzen von ihr hätte.

Das Beiblatt geben wir zur Belehrung und angenehmen Unterhaltung unserer Mitglieder heraus. Unsere Redaktion wird sich bemühen, dieses Beiblatt im Laufe des Jahres noch zu verbessern.

Mit einer guten Kunde kommen wir daher zu euch, geehrte Leser. Nehmt im laufenden Jahre mit gutem Herzen von uns, vom Robotnik, das, was wir euch in so herzlicher Weise bieten!

Aus Nr. 1 des Robotnik (Posen)
vom 8. Januar 1911:

Chynow.

Am Sonntag, den 1. d. Mts., ist hiersebst ein Verein polnischer katholischer Arbeiter gegründet worden. Zu diesem Zwecke war der Geistliche Ludwiczak (Ostrowo) nach Chynow gekommen. Dem Verein traten 29 Personen als Mitglieder bei. Der Vorstand setzt sich aus den nachstehenden Personen zusammen:

Franz Gazdiol, Vorj.,
Franz Szyjska, stellv. Vorj.,
Stanislaus Tucholski, Schriftf.,
Adalbert Misiek, Kassierer,
Joseph Switala,
Mikol. Wojtylski,
Joseph Pacyna und
Valentin Malong, Beisitzer.

Patron des Vereins ist Geistlicher Tylewicz aus Chynow.

Aus Nr. 1 des Robotnik (Posen)
vom 8. Januar 1911:

Dobrzyca.

In den Vorstand sind die nachstehenden Vereinsmitglieder neu gewählt worden:

J. Bodniak, stellv. Vorj.
Peter Radowicz, Schriftf.
St. Rochanski, Kassierer.

Aus Nr. 1 des Robotnik (Posen)
vom 8. Januar 1911:

Sulmierzyce.

Am Sonntag fand die Generalversammlung unseres Vereins statt. In den Vorstand wurden für zwei Jahre gewählt:

L. Gremblewski, Vorj.,
B. Szychalowicz, Bibl.,
J. Piotrowski, stellv. Bibl.

Auf ein Jahr sind gewählt worden:

W. Ganyantefiewicz, Kassierer,
L. Zielczynski, Schriftf.

Zu Beisitzern wurden auf zwei Jahre gewählt:

A. Szczepaniak,
A. Borowski und
P. Zielczynski.

Aus Nr. 1 des Robotnik (Posen)
vom 8. Januar 1911:

Schwerzenz.

Dem Verein gehören 135 Mitglieder an. Im Laufe des Jahres fanden 10 gewöhnliche Versammlungen und zwei Generalversammlungen statt. Das Vermögen des Vereins beträgt 131,86 Mk. Der Sterbekasse gehören 100 Mitglieder an. Diese Kasse weist einen Barbestand von 422,50 Mk. auf. Im verflossenen Jahre haben 94 Mitglieder 318 Bücher aus der Bibliothek entliehen.

In den Vorstand wurden gewählt:

W. Obst, stellv. Vorj.,
St. Tasiemski, stellv. Schriftf.,
Joh. Szymkowiak, Kassierer,
Adalbert Sznajder,
Joh. Mlynarczyk und
Joh. Zaporowski, Beisitzer.

Aus Nr. 1 des Robotnik (Posen)
vom 8. Januar 1911:

Lubin.

Am 1. Januar fand die Generalversammlung unseres Vereins statt. Geleitet wurde sie vom Patron Geistlichen Gorny. Nach den Berichten des Schriftführers und Kassierers gehören dem Verein 262 Mitglieder an, außerdem 10 Ehrenmitglieder. Das Vermögen des Vereins beträgt 959,40 Mk. Außer dem Vertreter des Vorsitzenden, als welcher Kniola gewählt wurde, und dem Vertreter des Schriftführers, dem Mitgliede Hojka, bleibt der Vorstand unverändert.

Aus Nr. 8 des Oredownik (Posen)
vom 11. Januar 1911:

Über die Verhältnisse in Mrowino (Posen-West).

Wir erhalten das nachstehende Schreiben:

Cerekwica, 7. Januar.

Geehrte Redaktion!

In Nr. 4 Ihres Organs vom 5. Januar d. Js. brachte die geehrte Redaktion eine beachtenswerte Zuschrift aus Mrowino, in welcher der unbekannte Verfasser mich angreift, als wenn ich der Gründung eines

Arbeitervereins zur Bewußtmachung des Volkes in politischer Hinsicht Schwierigkeiten bereitet.

Ich wundere mich darüber, daß die geehrte Redaktion eine Zuschrift angenommen und in die Spalten ihres Blattes aufgenommen hat, welche nicht nach einer Verteidigung des Volkes, sondern vielmehr nach einer Anklage desselben vor der weltlichen Behörde aussieht, als wenn es in den Arbeitervereinen als die Haupt-, wenn nicht ausschließliche Aufgabe das politische Gebiet betrachtete.

Übrigens stimmt es mit der Wahrheit nicht überein, daß die Arbeiter schon seit ziemlich langer Zeit einen Arbeiterverein verlangten, denn sie wissen, daß es für sie kein entsprechendes Lokal gibt. In Ostrowo gibt es drei Gasthöfe, darunter einen jüdischen. Vielleicht wünscht der Korrespondent, daß in ihnen oder in einem von ihnen die Versammlungen stattfinden. In diesem Falle bürge ich nicht für die „Aufklärung“ und „Selbständigkeit“ des Volkes.

Kriegervereine haben sich die Bahnbeamten in Rokietnice und Pomiontkowo geschaffen. Ich nehme an ihnen nicht teil.

Der geehrte Korrespondent, welcher offenbar scharfe Augen und keinen geringen Einfluß auf seine Landsleute hat, könnte ja diese wenigen Polen auf einen besseren Weg bringen. Meine Einflüsse sind hier zu Ende. Und es ist eine große Frage, ob „solche“ Polen nach Gründung eines Arbeitervereins in ihm erwünscht wären.

Da nunmehr eine so wichtige Sache, wie die Organisation der Arbeiter zur Sprache gebracht worden ist, so habe ich noch die eine Bitte an die geehrte Redaktion, die Spalten ihres Organs gütigst für eine öffentliche Beitragsammlung zwecks Baues eines katholischen Hauses in Cerekwica bei Röhrfeld zu öffnen, da bisher viel dringendere Ausgaben zu Parochialzwecken nötig gewesen sind.

Hochachtungsvoll
Pfarrer S n o w a c k i,
Bizelekan.

Aus Nr. 7 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 10. Januar 1911:

Znin, den 7. Januar.

In der Zninger Zeitung finden wir folgendes Inserat: Vom 1. Januar 1911 wird ein deutscher Lehrling unter 16 Jahren gesucht. Kenntnis der polnischen Sprache ist notwendig. A. Schmidt, Znin, Kolonial-, Wein- und Delikatessenwarenhandlung.

Herr A. Schmidt ist etwa kein Deutscher, wie mancher vielleicht aus dem vorstehenden Inserat schließen wird, sondern ein Pole. Er besitzt eine überwiegend polnische Kundschaft und siedelte sich in unserer Stadt vor etwa anderthalb Jahren an. Früher war er in Gonsawa und hatte sich dort an den Polen ein Vermögen erworben. Jetzt dankt er so der polnischen Gesamtheit, indem er will, daß die Deutschen ihn für den ihrigen halten sollen. Zu demselben Zweck hat er auch in seinem Geschäft einen deutschen Buchhalter.

Traurige Erfahrungen macht die polnische Gesamtheit mit so manchen Kaufleuten, die „der Landsmann zum Landsmann“ rufen, solange sie nicht zu Gelde kommen, und wenn sie die Taschen mit polnischem Gelde vollgefüllt haben, so zeigen sie der Gesamtheit die Rehrseite der Medaille. Herr A. Schmidt ist ein gutes Beispiel eines solchen Kaufmanns. Er wird jedenfalls nicht mehr wollen, daß ihn die Polen auch weiterhin unterstützen.

Aus Nr. 3 der Gazeta Ostrowska (Ostrowo)
vom 7. Januar 1911:

Die Gazeta Ostrowska berichtet in Nr. 3 unterm 7. d. Mts., daß vom 1. Februar d. J. ab in Ostrowo eine Zeitung für Kinder unter dem Titel „Der Schutengel“ erscheinen werde. Redakteur der Kinderzeitung soll Geistlicher Ludwiczak sein. Die Zeitung ist für Kinder von 8 bis 12 Jahren bestimmt. Der Abonnementspreis soll 60 Pf. für das Jahr betragen. Die Abonnenten der Gazeta Ostrowska erhalten diese Kinderzeitung als Beilage gratis.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 4 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 10. Januar 1911:

Der Wuttscham

ist den preußischen Polenfreßern aus dem Munde getreten, weil es sich zeigt, daß es leichter war, das Enteignungsgezet zu beschließen, als es auszuführen. In den polenfreßerischen Blättern brodelte es, ein Sturm wütete in ihnen, und wiederum hört man die unheilvollen Rufe: „Kreuziget ihn, kreuziget ihn! Entreißet den Polen den von den Vätern ererbten Grund und Boden durch die Anwendung des Enteignungsgezetes.“

Doch wie wir schon oben gesagt haben, war es leichter dieses uns Polen schädigende Enteignungsrecht, das in der ganzen Welt soviel Lärm verursacht hat, zu beschließen, als es anzuwenden, als eine Massenenteignung durchzuführen, wie es die preußischen Polenfreßer gehofft hatten. Heute würden es sowohl die Regierung wie die Konservativen, die sich durch Fürst Bülow haben aufs Glatteis führen lassen, gewiß lieber sehen, wenn das Enteignungsgezet überhaupt nicht existierte. Heute begreifen es sowohl die Regierung wie auch die Konservativen, welchen Fehler sie seinerzeit durch Annahme dieses Gezetes begangen haben. Die preußische Regierung ist sehr gut davon überzeugt, daß sie durch die Enteignung der Polen die polnische Nationalbewegung keineswegs unterbinden wird. Die preußische Regierung muß sich heute schon ganz klar darüber sein, daß die Durchführung der Enteignung die Kraft der nationalpolnischen Bewegung vielmehr stärken wird. Denn jeder erste Fall der Enteignung muß auf die Seele eines Polen, und sogar eines solchen, den das uns bisher vom Preußentum zugefügte Unrecht noch nicht aufgerüttelt und aufgeklärt hat, so wirken, wie die Verührung mit glühendem Eisen. Jeder weitere Fall wird diese Wunde in Eiterung versetzen, sie reizen und ihre Heilung verhindern. Mit einem Worte, die Anwendung des Enteignungsgezetes muß in der Seele der polnischen Nation den Abgrund des Hasses und der Erbitterung, den das Preußentum mit seiner Verfolgung geschaffen hat, bis in die Unendlichkeit vertiefen, und dieser Abgrund muß sich auch dort bilden, wo das bisherige Unrecht ihn noch nicht geschaffen hat. Außerdem aber, obwohl wir eine unterworfenen und durch Ausnahmegeetze, die ein Backenstreich für die Grundsätze der Gerechtigkeit, ein Faustschlag ins Gesicht aber für die wirkliche Kultur und Zivilisation sind, gequälte Nation sind, obwohl wir eine schwache Nation sind, so fühlen wir uns Gott sei Dank doch noch stark genug, um im gegebenen Falle bei gegebener Gelegenheit unseren

Beleidigern gleiches mit gleichem zu vergelten, wofür z. B. auch der Sturz des Fürsten Bülow ein Beweis ist.

Übrigens vertrauen wir auf die Hilfe des Allmächtigen, der, es sei dem wie es wolle, stärker ist als die preußischen Polenfreßer, stärker als die Staatsgewalten, also auch stärker als die preußische Regierung. Und daß sich Gott der Seinigen annimmt, das beweist der Sturz Bülows und die Zertrümmerung des Blocks.

Was die Konservativen anbelangt, so sehen sie immer deutlicher, daß die Ansiedler sich nicht nur mit der Zerstückung der polnischen Güter begnügen werden, die Konservativen, die Agrarier sehen schon im Geiste, wie die Ansiedler ihre Hände auch nach ihrem Grund und Boden, nach ihren Gütern gierig ausstrecken, sie sehen schon im Geiste, wie auch sie einst ihre stolzen Paläste und ihre schönen Parks werden verlassen müssen. Und angesichts dessen verfluchen sie innerlich diesen Augenblick, wo sie sich vom Fürsten Bülow dazu haben drängen lassen, ihre Hand zur Beschlußfassung des Enteignungsgesetzes zu bieten.

Aber die Konservativen zittern um ihre Abgeordneten-Mandate, um ihre Einflüsse im Reichstage und im Landtage.

In den letzten Zeiten haben sie Niederlage auf Niederlage erlitten, und manche konservative Niederlage haben die Vertreter der preußischen Polenfreßer, d. h. die Nationalliberalen ausgenutzt.

Darum greifen die preußischen Polenfreßer auch die Konservativen, die sich im eigenen Interesse der Enteignung widersetzen, mit ungeheurer Wut an, und sie glauben sie so zu überrumpeln, daß sie den Widerstand gegen die Enteignung schließlich aufgeben werden. Wenn sich die Konservativen wirklich überrumpeln lassen, dann werden sie einst selbst untergehen.

Man darf aber gespannt sein, wie dieser Kampf schließlich enden wird. Und daß dieser Kampf immer hartnäckiger werden wird, ist doch klar, denn die preußischen Polenfreßer wollen durchaus zeigen, daß sie Trumf im preußischen Staate sind, daß von ihnen alles abhängt.

Wie der Kampf auch enden und was der polnischen Nation auch geschehen mag, so wird, wie wir es schon so oft bewiesen haben, die Anwendung des Enteignungsgesetzes sie nicht brechen, sie nicht vernichten.

Die preußischen Polenfreßer und die preußische Regierung sprechen so häufig von der „polnischen Gefahr“. Mögen sie aber überzeugt sein, daß nach der Enteignung der Polen die polnische Gefahr größer sein wird, denn je.

Aus Nr. 2 der Gazeta Olsztynska (Allenstein)
vom 5. Januar 1911:

An die Landsleute im Großherzogtum (Posen) und in Westpreußen.

Nur ein halbes Jahr ist vergangen seit der Zeit, als wir im Wahlkreis Allenstein-Rößel eine Landtagsersatzwahl hatten, und schon wieder müssen wir uns zu einer Reichstagsersatzwahl vorbereiten, da der hiesige Zentrumsabgeordnete gestorben ist. Bei den Hauptwahlen im Jahre 1907 hat der polnische Kandidat 5380, der Zentrumskandidat 12944, der Liberale 3133 und der sozialdemokratische Kandidat 76 Stimmen erhalten.

Wenn man berücksichtigt, daß ungefähr den vierten Teil der Zentrumsstimmen die betörten ermländischen Polen abgegeben haben, so können wir es bei tüchtiger Agitation zur Stichwahl zwischen unserem und dem

Zentrumskandidaten bringen. Ein derartiger Ausfall der Wahl würde nicht nur die Bedeutung des Kraftgefühls des ermländischen Volkes heben, sondern die energische Versammlungs- und Hausagitation würde auch das wenig aufgeklärte polnisch-ermländische Volk mit neuem Geiste beleben.

Bei der Landtagsersatzwahl im vergangenen Jahre haben wir 5 Versammlungen veranstaltet, in denen Aufklärungsreden gehalten und viele polnische Bücher verteilt worden sind. Jetzt haben wir keine Mittel zu einer derartigen Agitation. Die wohlhabenderen Schichten der ermländischen Bevölkerung sind deutsch, das polnische Volk ist wenig aufgeklärt, und das Wahlkomitee besitzt keinerlei Mittel — die Aufforderung zur Sammlung von Gaben in Ermland selbst würde also nur einen bescheidenen Erfolg erzielen.

Darum wenden wir uns an Euch, Landsleute aus den benachbarten Landesteilen. Gestattet es nicht, daß die 60000 Köpfe zählende polnische Bevölkerung in Ermland allmählich im deutschen Meere ertrinkt. Unterstützt uns bei dem bevorstehenden Wahlkampf wenigstens materiell.

Alle Gaben für diesen Zweck nehmen die Redaktionen der polnischen Blätter in Empfang. Es können Sendungen auch direkt an die Redaktion der Gazeta Olsztynska in Allenstein gerichtet werden.

Das polnische Wahlkomitee für Ermland.

Wl. Pienienzny, Vorsitzender.

Die polnischen Blätter werden um gefällige Veröffentlichung des obigen Aufrufs gebeten.

Aus Nr. 3 des Mazur (Ortelsburg)
vom 8. Januar 1911:

Der Herr **Pastor Ernst** hat in den Nummern 9 und 10 des Zwiastun Ewangeliczn über unser Blatt und über den Pruski Przyjaciel geschrieben: Pastor Ernst verurteilt die germanisatorische Tätigkeit des Pruski und über den Mazur schreibt er, daß er von Herrn K. Jaroszyk gewissenhaft geleitet werde. Wir schreiben das nicht etwa, um uns damit zu rühmen, sondern nur, um unseren Lesern das Wohlwollen dieses evangelischen Blattes für den Mazur zu beweisen. Und hinter diesem Blatt stehen doch der Generalsuperintendent Bursche*), eine ganze Reihe Pastoren und Tausende des polnisch-evangelischen Volkes. Herausgeber des Zwiastun ist Pastor J. Bursche und Redakteur Pastor A. Schoeneich.

Für das unserm Blatt bezeugte Wohlwollen danken wir herzlich, und wir bitten um ferneres Gedenken.

Aus Nr. 4 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 10. Januar 1911:

Für Polen ist dort kein Platz!

Wie das Neustädter Kreisblatt mitteilt, soll in **Al.-Raz** ein „Kriegerverein“ gegründet werden. Es sollen sich schon 70 Kandidaten gemeldet haben, welche dieses patriotische Werk verwirklichen wollen, und wir irren gewiß nicht, wenn wir behaupten, daß sich auch mancher Pole überreden lassen wird, Mitglied zu werden. Wir rufen deshalb: **Dort ist kein Platz für Polen.** Mögen die Deutschen sich „Kriegervereine“ gründen, wir dagegen haben unsere polnisch-katholischen

*) in Warschau. Die Red. d. Gef.-ztb.

Vereine und vereinen wir uns in ihnen zur gemeinsamen Aufklärungsarbeit. Die Schule germanisiert uns schon genug, darum begehrt jeder, der sich noch freiwillig der Germanisation aussetzt, ein großes Unrecht seiner Volksgemeinschaft gegenüber. Landsleute, denkt daran und fallet nicht auf schöne Worte herein.

Aus Nr. 1 der Nasza Gazeta (Pr.-Stargard)
vom 3. Januar 1911:

Ranitzken.

Der Besitzer Lipinski hat sein 60 Morgen großes Grundstück dem hier wohnhaften Besitzer Murawski für 33400 Mark verkauft. Herr Lipinski hat darauf die 47 Morgen große Wirtschaft des Besitzers Steinborn aus Schinkenberg für 38000 M. gekauft.

Aus Nr. 3 der Nasza Gazeta (Pr.-Stargard)
vom 7. Januar 1910:

Zabno.

Herr Lengowski aus Gnesen hat von dem Deutschen Speißiger eine 300 Morgen große Wirtschaft für 124000 M. gekauft. Dem neuen Käufer ein Glückauf!

Aus Nr. 2 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 5. Januar 1911:

Ein neuer Erfolg.

Das Warenhaus von Conitzer in Konitz ist in den Besitz der polnischen „Bazar“-Genossenschaft übergegangen. Der Kaufpreis beträgt beinahe 1 Million Mark. Die Hakatisen haben infolgedessen einen Entseßensschrei ausgestoßen.

Aus Nr. 51 der Kłosy (Thorn)
vom 17. Dezember 1910:

Bericht

des landwirtschaftlichen Vereins in Bysslaw für den Monat November d. Js.

Die Versammlung des landwirtschaftlichen Vereins eröffnete der Herr Vorsitzende mit dem katholischen Gruß. Anwesend waren 20 Mitglieder, oder 50% des Mitgliederbestandes. Herr Brill (Mitglied) hielt einen schönen Vortrag über das Thema „Kirche und landwirtschaftlicher Verein“. Vorher drückte er sein Bedauern darüber aus, daß so wenig Mitglieder an der zur Entwicklung und zum Wohle des Vereins gekauften Messe teilgenommen hätten, was ihn veranlaßt habe den obigen Vortrag über das Thema, das Verhältnis der Kirche zu den landwirtschaftlichen Vereinen, zu halten. Aus dem Referat des geehrten Redners haben wir erfahren, welcher besonderen Fürsorge die landwirtschaftlichen Vereine sich hoher kirchlicher Würdenträger, und besonders der Bischöfe Fischer und Bandurski, sowie der Erzbischöfe Wilczewski und Pelczar erfreuen, die unsern Brudervereinen in Galizien ihren Segen zu erteilen geruht haben. **Denn unsere landwirtschaftlichen Vereine sind in den Augen des Bischofs eine Verteidigung vor dem Feinde der Ausbeutung, eine Schule der landwirtschaftlichen Kenntnisse, eine Quelle der Nationalgefühle** — sie sind der Grundstein im Fundament unserer allseitigen Wieder-

geburt. Der geehrte Redner hat es verstanden mit seinem ausgewählten Thema die anwesenden Zuhörer zu fesseln, und als er endete, wurde ihm zum Beweis der allgemeinen Anerkennung großer Beifall zuteil.

Einer der anwesenden Gäste.

Aus Nr. 4 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 10. Januar 1911:

Unter der Überschrift

Lehrer und Eltern

schreibt der „Pielgrzym“ u. a.:

Die Lehrer haben von oben den Befehl, den Kindern das Deutschtum einzulösen. Für eifrige Arbeit in dieser Beziehung erhalten sie von der Regierung außerordentliche Geldzulagen, die sogenannte „Ostmarkenzulage“. Die Regierung ist mit ihrer Arbeit vollkommen zufrieden; diejenigen aber, die nicht genügend nach der Regierungsspeife springen, versetzt sie nach ferneren Gegenden, wo es keine Polen gibt. Die Lehrer meiden jeden Umgang mit polnischen Eltern, und von der katholischen Geistlichkeit halten sie sich fern — mitunter leben sie mit den Geistlichen sogar in Unfrieden.

Wenn die Kinder nach alter Sitte in die Kirche zur Schulmesse geführt werden, so verlangen die Lehrer, sogar in rein polnischen Parochien, daß während der Messe deutsch gesungen werde. Manche Lehrer sind in dem Bestreben, ihren Vorgesetzten zu gefallen, sogar so weit gegangen, daß sie in den durch Denunziationen veranlaßten Prozessen gegen die wegen „Aufreizung zu Gewalttätigkeiten“ von der Kanzel angeklagten Priester als Zeugen aufgetreten sind. Solche Verhältnisse hat das germanisatorische System der preußischen Regierung schon geschaffen. Für die erhaltenen „Ostmarkenzulagen“ und häufig auch auf „Wunsch“ der Regierung sind die Lehrer Mitglieder der „Kriegervereine“ und „Ostmarkenvereine“, und sie muntern sogar auch Polen auf, diesen germanisatorischen Vereinen beizutreten. Der Schulreligionsunterricht und mit ihm auch die Lehrer sind daher in den Dienst dieses Systems getreten. Polnische Lehrer haben wir heute sehr wenig, und die vorhandenen polnischen Lehrer müssen nach der Peise der Regierung tanzen. Viele ändern ihren Familiennamen in einen deutschen um.

Was sollen wir nun machen? Die Mauer kann man mit dem Kopf nicht einrennen, und mit einem Mal wird es nicht besser werden. Unsere Abgeordneten bemühen sich mit allen Kräften, wenigstens den polnischen Religionsunterricht wieder einzuführen, aber bei der heutigen hakatistischen Strömung können sie keinerlei Erleichterungen herbeiführen. Darum müssen wir zur Selbstverteidigung und zur Selbsthilfe greifen. Das ist das einzige Mittel, welches uns Vorteil bringen kann. Wir müssen also unsere Kinder zu Hause polnisch lesen, schreiben, singen und beten lehren. Wir müssen in unserer Jugend den katholischen Geist so entflammen, daß sie im späteren Leben den Glauben und die Sprache der Väter nicht aufgibt. Die Tatsache ist nämlich klar und festgestellt, daß sowohl die Germanisierung wie die Protestantisierung besonders dort Fortschritte macht, wo die religiöse und nationale Erziehung in der Jugend nicht gehörig war.

Viele unserer Landsleute fallen alljährlich von unserem nationalen Stamm ab. Jeder derartige Fall der Abtrünnigkeit, sei es nun in religiöser oder nationaler Beziehung, ist eine schwere Anklage gegen die Eltern. Sie haben offenbar den Kindern gegenüber ihre Pflichten nicht erfüllt. Die Eltern müssen dafür sorgen, daß

ihre Kinder aus einem polnischen Katechismus und aus einer polnischen biblischen Geschichte die von der Kirche vorgeschriebenen Lehren kennen lernen. Die Eltern müssen dafür sorgen, daß die polnischen Kinder die Lebensgeschichte der Heiligen, die Bedeutung des Kirchenjahres, die unsere Herzen durchdringenden Kirchenlieder und die Geschichte der polnischen Nation kennen lernen, mit einem Wort, daß sie polnisch denken und fühlen lernen, damit sie wissen, daß sie polnisch und katholisch sind.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 4 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 10. Januar 1911:

Über die Gründung neuer Zeitungen

schreibt uns ein älterer Herr Pfarrer, der sich um die Entwicklung der Volksaufklärung verdient gemacht hat, was folgt:

Die Nachricht von dem Entstehen neuer polnischer Zeitungen im oberschlesischen Industriebezirk muß uns — nach den bisherigen Erfahrungen zu urteilen — mehr mit Besorgnis, als mit Freude erfüllen, denn es drängt sich einem die Vermutung auf, daß sich die gegen die verdiente und erfolgreiche Arbeit des Beuthener Katolik gerichteten Gegensätze erneuern werden, wodurch die Einheit der Verteidigung des polnischen Volkes zerrissen würde. Dem Volke wohlgesinnte und die vaterländische Sache liebende Männer freuten sich über den unlängst zwischen dem Lager des Herrn Korfanty und dem Katolik geschlossenen Frieden, und da bedauert nicht nur der Glos des Herrn Siemianowski den Frieden, gleichsam als den Niedergang der selbständigen vom Katolik unabhängigen Politik, sondern es wird sogar eine Zeitung gegründet, deren Zweck sein soll, unabhängig von der Politik des Katolik dem Volke bei der Verteidigung seiner Rechte und Bedürfnisse Führer zu sein.

Eine solche Absicht kann zu nichts anderem führen, als zur Losreißung des Volkes von der sehr alten Führerschaft des Katolik, als ob das Volk eine andere Belehrung in Sachen der Verteidigung seiner nationalen Rechte und Bedürfnisse benötigte, wie diejenige, welche dem Volke bisher im Katolik gegeben wurde.

Die Folge einer solchen Tätigkeit wird zweifellos die sein, daß das Volk weiter in der Ungewißheit belassen wird, woran es sich zu halten habe, wenn das eine Blatt die dem Volke nötige Verteidigung anders auffassen will, wie ein anderes Blatt, und das Ergebnis hiervon wird sein: eine Schwächung der Aktion in der Verteidigung des Volkes und des Polentums.

Außerdem müssen wir in Oberschlesien damit rechnen, daß in Ermangelung einer den Ton angehenden (oder einen günstigen Einfluß ausübenden) polnischen Intelligenz die Polemik im eigenen Lager unter den — namentlich weniger aufgeklärten — Volkskreisen das Merkmal des Hasses, der Bosheit und Rachsucht annimmt. Davon kann nur der gemeinsame Feind Nutzen haben.

Ferner werden die neuen Zeitungen — nach meiner Überzeugung und langjährigen Erfahrung — schließlich doch keinen Einfluß auf die oberschlesische Bevölkerung im Gegensatz zum Katolik gewinnen, weil dem Katolik der größte Teil der aufgeklärten oberschlesischen Bevölkerung treubleiben wird, wie vordem und bis jetzt. Ein unwiderleglicher Beweis sind die fruchtlosen Bemühungen aller bisherigen, in der Nähe des Katolik gegründeten Verlage, die nur von der auswärtigen, mit unseren Verhältnissen nicht vertrauten polnischen öffentlichen Meinung gerühmt werden.

Daß aber der Katolik in seiner mehrere Jahrzehnte währenden Arbeit und gerade in den letzten Jahren dieses Vertrauen verdiente, davon ist Oberschlesien in seiner entscheidenden Mehrheit überzeugt.

Was die Sonderpolitik und Selbständigkeit anbelangt, so können wir damit soweit einverstanden sein, als wir allen realen polnischen Verlagen materielle und geistige Unabhängigkeit von einander wünschen. Diese Unabhängigkeit muß sich aber den Bedürfnissen einer einheitlichen Verteidigung des Volkes unterordnen, denn jeder wird doch wohl zugeben, daß ein großer Teil der Leser nicht fähig ist, die wirkliche Wahrheit zu beurteilen, wenn sich die Zeitungen in Zwiespalt befinden.

So kann man es denn in keiner Weise als gut und für die Aufklärung des Volkes als günstig erachten, wenn sich die Zeitungen untereinander zanken und gegenseitig anzapfen. Vielmehr sind die Redaktionen verpflichtet, sich in Angelegenheiten, welche die Verteidigung der ganzen Bevölkerung betreffen, von Zeit zu Zeit zu verständigen und nach erlangter Verständigung die Leser zu belehren.

Bei dieser gegenseitigen Verständigung wird es empfehlenswert sein, auch die Abgeordneten der polnischen Fraktion bald zu Räte zu ziehen, bald zu unterrichten.

Der Mangel an einer zahlreicheren Intelligenz in Oberschlesien, welche die Führerrolle übernehmen könnte, erfordert ganz besonders eine einheitliche Belehrung, denn wie ließe sich denn anders eine einheitliche starke Verteidigung schaffen? Dies hindert doch nicht, daß in Sachen der Rechte und Bedürfnisse der ganzen Bevölkerung die Redaktion frei und offen ihre Meinung äußerte und verschiedene Bemerkungen ihrer Korrespondenten veröffentliche.

Zum Schluß noch eins: Wir hatten schon viel politisches Gezeter in Oberschlesien, aber dieses Gezeter hat nichts geleistet, denn man sieht, daß Oberschlesien nur soweit aufgeklärt ist, als dem Katolik gelungen ist, auf die Bevölkerung einzuwirken; wo dieser Einfluß nicht war, dort sehen wir die selbe unaufgeklärte Wüste, welche bestand, bevor das Gezeter ausbrach. Die neben dem Katolik, der Gazeta Opolska und den Kowiny Raciborskie begonnenen Zeitungsverlage haben nicht eine einzige Spanne oberschlesischen Bodens zur nationalen Verteidigung zu erobern vermocht. So wird es auch bleiben, wenn es dem Katolik oder anderen Gleichgesinnten nicht gelingen wird, Zeitungen in dieser Wüste zu begründen; dort wird das Zentrum weiter die polnischen Schafe aufklären und sichern!

Der verehrte Verfasser tritt also in dem voranstehenden Schreiben für die Gründung von Zeitungen in denjenigen Gegenden ein, wo wirklich welche nötig sind, in verschiedenen verlassenen und vernachlässigten Orten landwirtschaftlicher Gegenden, er ist aber nicht einverstanden mit ihrer Gründung im Industriebezirk, wo die Aufklärungsbewegung sowieso schon belebt ist und eine ausreichende Presse besitzt. Wir stimmen mit dem Korrespondenten vollständig überein, daß die Weckung der Aufklärung mit Hilfe von Zänkereien und Polemiken gar keine positiven Ergebnisse zeitigen kann, wir teilen auch die Auffassung, daß in den verlassenen Gegenden die Zeitungen nötiger sind als an der Seite des Katolik. Wir meinen jedoch, daß selbständige Zeitungen gerade in einer so belebten Gegend, wie der Industriebezirk der Sache nicht schaden, sondern ihr gut dienen können, wenn sie wirklich an dem Grundsatz festhalten werden, „daß es sich in der öffentlichen Sache nicht um persönliche Zänkereien, sondern um die Sache, um den politischen Gedanken, um den Willen, der nationalen Sache möglichst gut

zu dienen, handelt", ein Grundsatz, dem die neue „Gazeta Ludowa“, die in Kattowitz erscheinen soll, huldigt. (Die Red.)

Aus Nr. 6 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 8. Januar 1911:

Gändler.

Aus Schlesien erhalten wir von einigen Seiten her gleichzeitig von früheren Anhängern des Polak das nachstehende vertrauliche Zirkular zugeschickt, welches die vereinigten Verläge des Katolik und des Polak an die Agenten und Kolporteurs gerichtet haben:

Geehrter Herr!

Unsere Zeitungen arbeiten offen und ehrlich für die Sache des polnisch-katholischen Volkes. Sie werden aufrichtig national redigiert, verteidigen den Glauben gegen die Angriffe der Feinde der Kirche und verteidigen energisch das Arbeitervolk. Sie bekämpfen jegliche Hatzisten, ob sie dem Zentrum oder dem Sozialismus angehören, sie bekämpfen die Germanisierung auf jeden Schritt. Gerade im gegenwärtigen Augenblick führen sie einen siegreichen Kampf gegen die Zentrumsleute. Doch ungeachtet dessen schleudern gewissenlose Leute gegen uns Verleumdungen als wenn wir eine Versöhnungspolitik betrieben oder den Zentrumsleuten dienen. Das ist Lüge und Verleumdung. Und diese Lügen verbreiten über uns diejenigen, welche Feinde einträchtiger Arbeit in Schlesien sind. Diese Leute haben sogar Posener Blätter beredet, sie möchten ihre Zeitungen verbreiten und uns Abonnenten abwendig machen. An unsere Herren Agenten senden sie den Postep und Przyjaciół Ludu aus Posen, sowie den Wiarus Polski aus Bochum. Diese Zeitungen eignen sich für unser Volk nicht, da sie unsere besonderen schlesischen Verhältnisse nicht berücksichtigen, darum nur Verwirrung anrichten und die zum Abonnieren geneigten Leute überhaupt unlustig machen, polnische Zeitungen zu lesen. Darum bitten wir alle unsere Agenten, unter keiner Bedingung Agenturen für diese Zeitungen anzunehmen.

Herr Siemianowski hat den Glos Slonski in eine dreimal wöchentlich erscheinende Zeitung umgewandelt und sich von uns getrennt. Mit einem Male gefällt auch ihm die Eintracht in Schlesien nicht. Schon in der Neujahrsnummer hat er einen unschönen Krieg gegen uns angefangen, indem er uns unwürdige Sachen vorwarf die gar nicht wahr sind. Da wir Eintracht brauchen, besonders mit Rücksicht auf die künftigen Wahlen, bitten wir alle unsere Herren Agenten, Agenturen für den Glos Slonski nicht anzunehmen. Ebenso verhält es sich mit der neuen Zeitung, welche Herr Dr. Seyda in Kattowitz gründet. Diese Zeitung soll Gazeta Ludowa heißen. Wir bitten unsere Agenten, Agenturen für diese Zeitung nicht anzunehmen. Niemand kann zwei Herren dienen. Darum muß sich jeder entscheiden, ob er für die (nationale) Sache mit uns arbeiten will oder mit denen, die gegen uns sind.

Im übrigen bitten wir, die Leser darauf aufmerksam zu machen, daß wir nur eine solche Politik betreiben, wie sie das Volk will. Darum werden wir auch in Kürze eine große Versammlung hervorragender Männer aus dem Volke einberufen und mit ihnen eine politische Organisation schaffen. Nach den Weisungen der Volksorganisation wollen wir in Zukunft Politik treiben, und auf diese Weise wollen wir in der Tat nur der Ausdruck des Volkswillens sein. Für das Volk geben wir die Zeitung heraus, möge das Volk also auch über die Politik entscheiden, die wir betreiben wollen.

Wir bitten nachdrücklich und beharrlich, für unsere Blätter zu agitieren und uns neue Leser zu erwerben, besonders durch das Ausrotten der deutschen Zeitungen.

Mit Gruß!

Die vereinigten Verläge des Katolik und des Polak.

Wir meinen, daß obiges „Dokument“ auch den größten Optimisten schließlich die Augen öffnen wird in bezug auf die moralischen Grundlagen der „Eintracht“ in Schlesien.

Zur Information derjenigen, welche die einschlägigen Verhältnisse nicht kennen, bemerken wir, daß die Agenten und Kolporteurs, welche die Zeitungskolportage berufsmäßig betreiben, bisher verschiedene Zeitungen ausgetragen haben; dieselben Agenten haben im wesentlichen den „Katolik“ und den „Polak“ damals ausgetragen, als diese Zeitungen sich aufs schärfste bekämpften. Jetzt drängen die vereinigten Verläge des „Katolik“ und „Polak“ den Agenten den Boykott aller übrigen Volksblätter auf.

Wir betonen „aller übrigen“, soweit sie natürlich im ober-schlesischen Industriebezirk überhaupt in Rechnung kommen. Hätte man gegen eine oder zwei Volkszeitungen den Kreuzzug begonnen, so müßte man das verurteilen, — man könnte aber zu Gunsten des „Katolik“ und des von ihm aufgekauften „Polak“ immer noch annehmen, daß es sich um die politische Richtung handle. Aber der Boykott betrifft Blätter der verschiedensten politischen Richtung, Blätter, die in verschiedenartigen Ortschaften erscheinen; vor allem also fort mit dem von den Damen Knapowska herausgegebenen, von Herrn Chociszewski redigierten „Postemp“, fort mit dem „Przyjaciół ludu“ des Abg. Kulerski, fort mit dem „Wiarus polski“ des Abg. Brejski, fort mit „Glos Slonski“ des Herrn Siemianowski und fort mit dem der noch gar nicht geborenen „Gazeta ludowa“!

Alles das im Namen der „Eintracht in Schlesien“ und der sich nähernden Reichstagswahlen. In Schlesien haben die „Führer der Nation“ schon mit verschiedenen Dingen und auf verschiedene Weise gehandelt. Jetzt handelt man mit der Parole der „Eintracht“, und diese „Eintracht“ bedeutet: alles vernichten, was den Handel der „vereinigten Verläge“ stören könnte; denn wer diesem Handel in den Weg tritt, sei es Bruder oder Vetter — der ist, wie man täglich verkündet, ein „Helfershelfer der Hatzisten und Sozialisten“, ein „Verräter der kleinen „nationalen“ Sache“ und ein Verräter der großen Sache des „Katolik“ und des „Polak“. Kein Wunder, daß immer öfter in der Volksgemeinschaft herbe und schmerzliche Äußerungen über gewisse Abgeordnete und Zeitungsverleger laut werden, dahin, daß diese es fertig bringen würden, „den eigenen Vater für anderthalb Dutzend Abonnenten zu verkaufen“, und kein Wunder, daß den Fraktionsmitgliedern mit rechtschaffenem Charakter die Kollegialität mit den Händlern so widerwärtig geworden ist, daß sie immer mehr daran denken, sich von der Fraktion und der parlamentarischen Tätigkeit zurückzuziehen.

Wenn es sich um die moralischen Grundlagen der Tätigkeit des Abgeordneten Korfanty handelt, so wundert uns — nichts. Aber wir fragen, was der Abg. Napieralski von alledem hält, was gegenwärtig im „Katolik“ vorgeht. Wir haben mit dem Abg. Napieralski so manches Mal den Degen und die politischen Anschauungen und Handlungen gekreuzt, aber stets haben wir uns anerkennend über die moralischen Beweggründe seiner Tätigkeit geäußert.

Der Abg. Napieralski weilte bis in die letzten Tage hinein in einer Heilanstalt. Wir möchten glauben, sein Verlag handle ganz ohne sein Wissen und Wollen, und in diesem Falle wird der Abg. Napieralski kaum verfehlen, öffentlich zu verstehen zu geben, daß er mit

dem, was geschehen ist, nichts gemein habe. Entgegen-
gesetztenfalls werden wir genötigt sein, anzunehmen,
daß er sich mit diesem Vorgehen solidarisiert.

Übrigens müssen der Handel und der Schacher
mit der Parole der „Eintracht“ eine gesunde Reaktion
hervorrufen. Dieser gesunden Reaktion werden — so
hoffen wir — diejenigen den Weg bahnen, die sich
an die journalistische Arbeit in Schlesien machen. Diese
soll endlich einmal auf eine nicht nur politisch, sondern
auch verlaglich redliche Grundlage gestellt werden. Am
zweiten Weihnachtsfeiertage hat in einer Vertrauens-
männerversammlung in Kattowitz der, den die „ver-
einigten Verläge“ den Gründer der Gazeta ludowa
nennen, hervorgehoben, daß das neue Blatt jeden
unmoralischen Konkurrenzkampf mit anderen Volks-
zeitungen meiden werde, denn ein solcher Kampf sei
sich achtender Bürger unwürdig und hinsichtlich des
Wohles der nationalen Sache gewissenlos. Und die
versammelten Arbeiter, die diesen Gedanken auf-
genommen hatten, führten ihn im Einzelnen aus und
bezeichneten ihn als die Hauptbedingung des Erfolges
des neuen Blattes; denn — so sagten sie — das
Volk sei im höchsten Grade verärgert und unwillig
über die verlaglichen und persönlichen Kämpfe. Und
als man den Versammelten den Entwurf zum Aufruf
der Gazeta ludowa vorlas, da gaben die Arbeiter
ihrer besonderen Freude über den Passus Ausdruck,
welcher ankündigt, daß die Gazeta ludowa unbedingt
Mittel meiden werde, welche Argernis verbreiteten und
die moralische Gesundheit des öffentlichen Lebens
ruinierten.

Das ist der rechte, ein schöpferischer Weg.
Ihn muß man desto mehr innehalten, je mehr die „ver-
einigten Verläge“ das Volk in das trübe Wasser des
Hasses und persönlich-verlaglicher Zwistigkeiten treiben
werden im Sinne des Grundsatzes: „Alles des Ge-
schäfts halber“.

Aus Nr. 4 des Głos Śląski (Gleiwitz)
vom 10. Januar 1911:

Von der moralischen Gesundheit unserer Presse.

In einem Teil der polnischen Presse des preußischen
Teilgebiets treten ungesunde Erscheinungen zu Tage.
Dies ist eine sehr ernste Gefahr für die öffentliche Sache
und die Volksgesundheit. Diese Gefahr ist um so größer,
als sich diese ungesunden Erscheinungen in einer Presse
zeigen, die für die breiten Volksmassen bestimmt ist.

Die Presse soll die Lehrerin des Volkes sein und
hat die Aufgabe, eine der stärksten Stützen der sittlichen
Kräfte in der Volksgesamtheit zu sein. Der Presse liegt
die Pflicht ob, das Gefühl der bürgerlichen Würde zu
heben, aus dem das kollektive Gefühl der nationalen
Würde entspringt, denn es unterliegt keinem Zweifel,
daß diejenige Nation und Volksgesamtheit, in welcher
das Gefühl der eigenen und bürgerlichen Würde am
höchsten steht, ihre Rechte und Interessen am erfolg-
reichsten zu verteidigen versteht und ihre Verteidigung
am eifrigsten durchführt.

Ein Teil der polnischen Presse im preußischen
Teilgebiet sündigt in dieser Beziehung. Es hat sich
in sie ein Ton eingeschlichen, der weder der Aufgabe
noch der Würde der Presse entspricht. Wie soll da
eine solche Presse Lehrerin des Volkes sein? Wie soll
sie eine Sache aufklären, manchmal irrige Begriffe
berichtigen, wenn sie selbst fehlt und die Begriffe verwirrt?

Ein solches Mittel z. B., zu dem die Katolik-Blätter
greifen, daß sie einen förmlichen Boykott gegen den
Głos Śląski organisiert haben, daß sie denjenigen

Agenten, die den Głos Śląski vertreiben, drohen und
sie schwören lassen, sie würden den Głos nicht ver-
treiben, daß sie Leute mit einer unabhängigen politischen
Ansicht „Verräter der Nation“, „sozialdemokratische
Handlanger“, „Hintermänner der preußischen Regierung“
schmähen, — ist ein Mittel, welches weder der Würde
und Aufgabe der Presse entspricht, noch das Gefühl
der bürgerlichen Würde im Volke heben und zur
nationalen Verteidigung anfeuern kann.

Es wurde schon wiederholt darauf hingewiesen,
daß es bei uns im preußischen Teilgebiet an Publizisten
fehlt, und wenn welche da sind, so ist ihre Zahl klein.
Dagegen sind in Menge Geschäftsredakteure
vorhanden, die die nationale Sache zu ihren geschäft-
lichen Zwecken ausbeuten und sich dann als die
tüchtigsten „Verteidiger der Nation“ hinstellen.

Dagegen muß die unabhängige, ihres Zweckes
und ihrer Aufgabe sich bewußte Presse entschieden auf-
treten, und es muß gegen diese ungesunden und
demoralisierenden Erscheinungen einfach ein allgemeiner
Landsturm organisiert werden. Wir sagen mit Recht:
Wie die Kinder, so die künftige Nation, die künftige
Volksgesamtheit. Mit nicht minderem Recht kann man
sagen: Wie die Presse die Volksgesamtheit erziehen
wird, wie sie sie belehren wird, so kann diese auch
werden. Wir haben in der Geschichte Beweise dafür,
daß in vielen Ländern mit der öffentlichen Presse eine
Epoche der Wiedergeburt des nationalen Geistes ein-
geleitet wurde.

Am traurigsten ist es, daß sich der brutale Ton
vor allen in diejenigen Zeitungen einschleicht, deren Ver-
leger und Redakteure Abgeordnete sind, also Männer,
denen die Volksgesamtheit die höchste Würde anvertraut
hat. Mit Recht weist auf diese Erscheinung der Kurjer
Poznański hin, mit Recht brandmarkt dies — in einem
beachtenswerten Artikel — die Gazeta Ostrowska. Mit
Recht sagt der Kurjer Poznański, daß in dieser An-
gelegenheit unbedingt etwas geschehen müsse, denn so
könne es nicht weiter gehen.

Aus Nr. 3 des Katolik (Beuthen O.-S.)
vom 7. Januar 1911:

Pfarrer Raffet und Czenstochau.

In der letzten Nummer schrieben wir von dem
neuesten Auftreten des Pfarrers Raffet aus Tarnowitz
gegen die zur Muttergottes nach dem Klarenberge ge-
richteten Pilgerfahrten. Heute sei noch eine Unwahrheit
und Unkenntnis des Pfarrers Raffet hervorgehoben.
So schreibt er in seinem Artikel unter anderem auch
folgendes:

„Mit Nachdruck muß das Volk darauf hinge-
wiesen werden, daß es für Oberschlesien im Auslande
keine nationalen Interessen gibt, denn die nationalen
Pflichten erfüllen, heißt in die Fußtapfen der Vor-
fahren treten. Für unsere Väter aber waren der
St. Annaberg, Deutsch-Piekar usw. das Ziel frommer
Pilgerzüge.“

Durch diese seine Behauptung will Pfarrer Raffet
der Welt einreden, daß sozusagen früher aus Ober-
schlesien niemals nach Czenstochau gepilgert worden sei
und darum auch die heutige Generation dies nicht tun
dürfe. Das heutige Volk soll nach Meinung des
Pfarrers Raffet in die Fußtapfen der Vorfahren treten
und nur nach dem St. Annaberg, nach Piekar usw.
pilgern, aber nirgends nach dem Auslande. Diese Be-
hauptung des Pfarrers Raffet ist eine grobe Unwahrheit
und zeugt zugleich von seiner großen Unkenntnis, und
doch müßte er als ein hier in Oberschlesien tätiger
Geistlicher etwas von dem hiesigen religiösen Leben

und Pilgerverkehr in den früheren Zeiten wissen! — Wenn sich Pfarrer Raffet mehr in die Bücher und weniger in die Haktisten vertieft hätte, wäre seine Unkenntnis nicht ans Tageslicht gekommen. Er wollte sich aber lieber in die Haktisten vertiefen und grundlos das behaupten, was in seinen Germanisierungsfram hineinpaßte, ohne sich zu fragen, ob dies wahr ist oder nicht.

Es ist eine geschichtliche Wahrheit, daß unsere ober-schlesischen Vorfahren und Väter seit undenklichen Zeiten, als z. B. der St. Annaberg noch kein Wallfahrtsort war, scharenweise zur Muttergottes nach Czenstochau pilgerten, und bisweilen sogar mit großem Gepränge und großer Feierlichkeit! Aus verschiedenen Parochien waren Wallfahrten nach Czenstochau sogar durch Gelöbniße festgesetzt. Von Czenstochau aus wurden eine Menge religiöser und anderer Bücher unter unserem polnischen Volke in Schlesien verbreitet, als es hier noch keine polnischen Druckereien gab. In früheren Zeiten, als unter den Deutschen der Haktismus noch nicht so verbreitet war wie heut, pilgerten sogar Deutsche nach Czenstochau; ebenso trafen dort Pilgerzüge aus Mähren und anderen Gegenden ein. — Das ist geschichtliche Wahrheit und eine gegenteilige Behauptung ist eine unbegründete Fälschung.

Als Beispiel dafür, wie in früheren Zeiten aus Oberschlesien feierlich nach Czenstochau gepilgert wurde, führen wir hier nur die berühmten Wallfahrten aus der Stadt Gleiwitz an, die seit undenklichen Zeiten auf Kosten der ganzen Stadt stattfanden. Eine Rechnung der Stadt Gleiwitz aus früheren Jahrhunderten gibt uns annähernd ein Bild einer solchen Wallfahrt; ihre Kosten waren folgende:

Unterhalt und Quartiere der Geistlichkeit 25 Gulden; für den Rektor 1 Gulden 30 Groschen; für den Vorsänger 1 Gulden 12 Groschen; für den Gehilfen 1 Gulden; für den Balgentreter 1 Gulden; für den Organisten 1 Gulden; Mittagessen für Kirchen- und Schuldiener 48 Groschen; für die Bauern, die die große Fahne trugen, 27 Groschen; für die Bauern, die die mittlere Fahne trugen, 18 Groschen; für die Bauern, die die kleinere Fahnen trugen, 18 Groschen; für eine Predigt in Czenstochau 1 Gulden; für die Bruderschaft 36 Groschen; fürs Glockenläuten 8 Groschen; für das polnische Militär in Czenstochau 36 Groschen; für den Torfschreiber 7 Groschen; für Bewachung der Fahnen und Musikinstrumente 6 Groschen; für den Trommler 18 Groschen; für jeden Knecht bei den 6 Wagen, welche die Geistlichkeit, die Kirchenparamente usw. beförderten, täglich je 2 Groschen, zusammen 2 Gulden; für das Heu der Pferde 3 Gulden; für das Quartier der Geistlichkeit 1 Gulden 3 Groschen; für den Kassierer, der sich um alles kümmerte, 1 Gulden.

Aus dieser Rechnung, welche die Stadt Gleiwitz bezahlte, ersieht man, wie umfangreich und feierlich diese Gleiwitzer Wallfahrt war.

Im Jahre 1740 nahm der preußische König Friedrich II., der große Skeptiker, Schlesien in Besitz, und damals traten für die Katholiken, unsere Vorfahren, traurige Zeiten ein. Den Prozessionen und Wallfahrten bereitete man, besonders wenn sie sich ins Ausland begaben, große Schwierigkeiten. Der Gleiwitzer Magistrat schrieb damals wiederholt an die preußischen Behörden, daß Wallfahrten aus Gleiwitz nach Czenstochau seit „undenklichen“ Zeiten stattfänden, und auf Grund dieser Vorstellungen genehmigten endlich die preußischen Provinzialbehörden im Jahre 1744 die weitere Abhaltung von Wallfahrten aus Gleiwitz nach Czenstochau, aber unter der Bedingung, daß die Stadt jährlich nur 15 statt 25 Gulden zahlen solle.

Bald darauf aber (in den Jahren 1754, 1757 und 1758) wurden dreimal alle Wallfahrten aus

Schlesien nach dem Auslande unterjagt. Aber die Pilgerfahrten zur Muttergottes nach Czenstochau waren in den Gebräuchen unserer Vorfahren so festgewurzelt, daß die Leute trotz der strengen Verbote und trotz der ihnen drohenden schweren Strafen dennoch nach Czenstochau gingen. So denunziert z. B. der Polizei-Bürgermeister von Gleiwitz, ein gewisser Schwürk, am 9. Juli 1770 33 Personen aus Gleiwitz, die am 29. Juni desselben Jahres trotz der bestehenden strengen Verbote eine Wallfahrt nach Czenstochau veranstaltet hatten.

Aus dem Vorstehenden ersieht man, in welchen Kreis von Verfolgern der religiösen Freiheit Pfarrer Raffet mit seiner neuesten Forderung geraten ist!! Man sieht auch, daß er unbewußt gegen seine eigenen Forderungen aufgetreten ist, wenn er schreibt, unser Volk solle in die „Fußtapfen der Vorfahren treten“. Gewiß, unser Volk wird in die Fußtapfen seiner Vorfahren treten, und diese Fußtapfen werden es von allen Seiten zur Czenstochauer Muttergottes und nach anderen ausländischen Wallfahrtsorten führen gegen den Willen der Haktisten und der Germanisatoren.

Und niemand wird unser polnisch-katholisches Volk von diesen Fußtapfen unserer Vorfahren, von den durch Wunder und nationale Erinnerungen berühmten heiligen Stätten losreißen! Das mögen sich alle Feinde des Volks merken!

Aus Nr. 3 des Katolik (Beuthen D.S.)
vom 7. Januar 1911.

Die schlesischen Zentrumsleute

haben sich über unsere polnischen Zeitungen sehr entzündet. Manche ihrer Zeitungen überschütteten uns und unsere Korrespondenten mit den größten Vorwürfen.

So sind z. B. der Breslauer Schles. Volksztg. Zuschriften in unseren Blättern, in denen aus verschiedenen Parochien die polnischen Katholiken polnischen Gesang während des Segens verlangen, sehr im Wege; dieses Blatt behauptet, daß diese Korrespondenten keine guten Katholiken seien.

Wir können diesem Blatte ruhig antworten, daß auch wir solche Zuschriften lieber nicht veröffentlichen möchten, d. h. wir wollten lieber, daß in allen polnischen Gegenden ein Kirchengesang eingeführt werde, den das Volk versteht, das ist der polnische Gesang. Das Volk soll Gott nicht so sehr mit dem Mund als mit dem Herzen loben, und wir verstehen nicht, wie das polnische Volk Gott mit dem Herzen im lateinischen Liede, von dem es kein Wort versteht, loben soll. Die lateinischen Lieder sind vielleicht in den romanischen Ländern angebracht, wo die Sprache des Volkes von der lateinischen Sprache abgeleitet ist und ihr näher kommt, sodaß das einfache Volk die seit Jahrhunderten gebrauchten Lieder wenigstens einigermaßen versteht. — Bei uns liegen indeß die Dinge ganz anders, und die Wünsche des Volkes, daß polnische Lieder gesungen würden, sind unseres Erachtens ganz gerechtfertigt.

Übrigens zögen wir es vor, daß unsere Leute ihre berechtigten Wünsche in Sachen des Kirchengesanges stets zuerst und unmittelbar an ihre Herren Pfarrer, und erst im äußersten Falle, wenn dies nichts hilft, an die Zeitungen richten wollten. Die Zeitungen sollen das Spiegelbild der Bestrebungen und des Willens der Bevölkerung sein, in deren Mitte sie erscheinen, und darum können die Zeitungen auch solche Wünsche nicht übergehen, die sich in der Allgemeinheit auf kirchlichem Gebiete kundgeben, soweit diese Wünsche nach Form und Inhalt berechtigt sind. — Soviel in Sachen des Kirchengesanges für die Schles. Volksztg. und diejenigen, die die betreffenden Zuschriften schreiben.

Demselben Zentrumsblatt gefällt auch eine Zuschrift aus Laurahütte nicht. — Dort veranstaltete der Kirchenvorstand an mehreren Sonntagen deutsche Theatervorstellungen, deren Einnahmen dem Fonds zum Bau einer neuen Kirche überwiesen wurden. Die polnischen Parochianen forderten, daß auch polnische Vorstellungen gegeben würden, und zwar mit vollem Recht, denn die Parochie ist zu 90 Prozent polnisch, aber der Vorstand hat diese berechnete Forderung abgelehnt. Deshalb schrieb unser Korrespondent, dies sei „nicht katholisch“. — Und dafür ärgert sich die Schles. Volksztg. über den Korrespondenten und über uns, uns besonders aber darüber, daß der Korrespondent unzweideutig vor Geldunterstützungen zu Zwecken dieser deutschen Vorstellungen gewarnt hatte.

In dieser Angelegenheit stehen wir ganz auf der Seite des Korrespondenten, aber wir treten den Ausführungen der Schles. Volksztg. entgegen. — Wir haben schon überall genug Germanisation, und wir bedürfen ihrer gar nicht mehr seitens der Kirchenvorstände.

Was unser Korrespondent für die Schles. Volksztg. unklar ausgedrückt hat, das drücken wir hier klarer wie folgt aus:

Polnisches Volk! Wenn ein Kirchenvorstand oder irgend jemand mit Hilfe deutscher Vorstellungen, Vergnügungen und ähnlicher Veranstaltungen dir Geld zu entlocken sucht, so besuche solche Veranstaltungen nicht und gib auch nicht einen verschimmelten Pfennig, selbst wenn es sich um so gute Dinge handelte, wie der Bau einer neuen Kirche ist. — Polnisches Volk, unterstütze die Germanisation nicht, selbst wenn sie sich in wer weiß welcher Form und zu wer weiß welchen Zwecken fundgeben würde.

Wir glauben, dies klarer gesagt zu haben, als unser Korrespondent aus Laurahütte, und wir sprechen dies als Grundsatz aus, den wir auch früher schon gepredigt haben und den wir stets predigen werden. Ob dies den Zentrumsleuten gefällt oder nicht, ist uns vollständig gleichgültig.

Auch der Königshütter Kurier hat sich über unsere Blätter sehr ärgerlich ausgelassen. Was für Unsinn der Kurier zusammengeschrieben hat, ist schwer zu verstehen, und vielleicht wird dies der Kurier selbst nicht verstehen. Vorläufig erwidern wir dem Kurier nur soviel:

Nein, ihr Herren vom Zentrum! Wenn ihr unsere polnische Volks-gesamtheit im stillen germanisieren und der Welt Sand in die Augen streuen wollt, so werdet ihr euren Zweck nicht erreichen. Uns werdet ihr nicht Sand in die Augen streuen, wir werden stets wachen. Wir sind für einen Kampf mit dem schlesischen Zentrum nicht entflammt, wir sind auch keine Propheten, aber wenn diese Zentrumsleute unsere Volks-gesamtheit germanisieren, dies in irgend einer Form tun werden, dann wird es sicher einen Krieg mit ihnen geben. — Soviel für heute!

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 1 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 1. Januar 1911:

Neujahrsbetrachtungen.

Beim Eintritt ins neue Jahr können wir uns von vornherein sagen, daß keine Ursache zur Freude und Beglückwünschung vorhanden ist.

Wir sind Zeugen eines in der Welt einzig dastehenden Schauspiels. Das 60 Millionen große Deutschland mit einer 5 Millionen starken Armee „fürchtet“ die 4 Millionen in seinen Grenzen wohnenden Polen „so

sehr“, daß es sie auszurotten wünscht. Von der anderen Seite fürchtet das 140 Millionen große Rußland mit einer 10 Millionen starken Armee so sehr die paar Millionen Polen ohne Armee, daß es die Zahl der polnischen Abgeordneten verkleinerte, ein Stück Land von Rußisch-Polen abtrennen will, Schulen schließt und Sibeln verfolgt! . . .

Und dies geschieht unter Verhältnissen, wo die Polen in allen Tönen himmelschreiend bis vor kurzem noch Rußland zugerufen haben:

Aber verehrter Herr! . . . wir wollen doch mit Ihnen nicht kämpfen, wir denken nicht daran, Ihnen Schaden zuzufügen — im Gegenteil: Wir wollen Ihre treuesten Freunde sein, wir wollen Sie verteidigen, Sie stärken und für Ihr Wohl arbeiten. Ihre Macht ist unsere Macht, und unsere Macht ist die Ihre; also gestatten Sie, — bei Gott — uns, sich bei Ihnen zu entwickeln, denn unsere Entwicklung liegt nicht nur in unserem, sondern auch in Ihrem Interesse.

Nein! . . . antwortet Rußland. — Ihr seid die Feinde der Slawen, bekannte Intriganten und ohne unsere teuersten preussischen Freunde, würdet Ihr das tugendhafte und gutmütige Rußland ins Verderben stürzen, welches, wenn es geündigt hat, so doch nur — durch das Übermaß seines guten Herzens . . .

So spricht Rußland. Und indes versicherte mir ein Herr, dessen Namen ich nicht nennen will, daß, wenn Rußland einen wirklich gefährlichen Feind hat, es ihn in Deutschland, besonders in Preußen zu suchen hat. Dieser Feind ist um so schrecklicher, weil er für den Untergang Rußlands ohne Haß ja sogar ohne Born — nur einfach — als Schicksal tätig sein wird. Und warum? In Deutschland wohnen 112 Menschen auf einem Quadratkilometer; sie vermehren sich indes so schnell, daß in etwa einem Jahrhundert ihrer 200 oder auch vielleicht 300 auf einen Quadratkilometer kommen werden. Und irgendwo müssen die Menschen Abfluß finden, entweder nach den Kolonien, die Deutschland nicht besitzt, oder nach der nächsten Nachbarschaft.

Es muß anerkannt werden, daß die Vorkehrung für die Deutschen in dieser Beziehung sehr gnädig war: sie gab ihnen zum Nachbar das riesige und reiche russische Territorium, wo auf einen Quadratkilometer (wenn man alle Besitzungen zusammennimmt) 6 Menschen — im europäischen Rußland 23 Menschen wohnen.

Was bedeutet dies? Das bedeutet, daß, wenn in Hinsicht auf die Dichtigkeit oder den Zusammenhang man Deutschland mit Stahl vergleichen kann, so erinnert das europäische Rußland an Zucker — und das an einen sehr schmackhaften Zucker!

Zwischen dem „zuckersüßen“ Rußland und dem stählernen Deutschland befindet sich als Bretterzaun oder als Ziegelmauer — Polen, in welchem 85 Bewohner auf einen Quadratkilometer kommen. Die Polen vermehren sich ebenso schnell wie die Deutschen, und ihre Bevölkerungsdichtigkeit würde sehr schnell die der Deutschen erreichen, ihre Arbeit und Aufklärung könnte Rußland vor dem wirtschaftlichen Einbruch der Deutschen schützen, wenn . . . Wenn Rußland nicht mit eigener Hand und „parallel“ mit der preussischen Regierung bestrebt wäre, die Polen zu schwächen, sie arm und dumm zu machen — was ihm, das muß anerkannt werden, vorzüglich gelingt.

Nehmen wir einmal ein phantastisches Beispiel an. Angenommen, die Deutschen strömen infolge irgend einer Katastrophe mit einer der Dichtigkeit ihrer Bevölkerung entsprechenden Macht nach Rußland hinein. Ich wiederhole es: es ist nur eine weniger politische als statistische Phantasie. Was würde dann mit den polnischen, was mit den russischen Ländern geschehen? Weil von den Deutschen 112, von den Polen 85 auf 1 Quadratkilometer kommen, so könnten unter den

Polen sich nur 27 Deutsche anjeden, was (meines Erachtens) kein zu großes Unglück wäre (?? D. Red.). Doch weil von den Russen nur 23 auf 1 Quadratkilometer kommen, so würden unter ihnen noch 89 Deutsche Platz finden, also vier mal so viel Deutsche als Russen. Also wer würde bei der germanischen Überslutung besser abschneiden, die Polen oder die Russen?

Jetzt hab' ich dich, Bögelschen! — wird irgend ein preußischer Agent ausrufen. Du intrigierst gegen die Preußen, du möchtest wohl das russische Mißtrauen gegen die Deutschen wecken und auf diesem Wege Posen von Preußen losreißen . . .

Mit Verlaub. Persönlich hasse ich weder die Deutschen, noch habe ich vor ihnen Angst. Heute unterliegt dieser Staat einem Wahnsinnsanfall; doch hoffen wir, daß die Krankheit schnell vergehen und Deutschland wiederum das werden wird, was es eigentlich sein sollte.

Es liegt mir an der Abtrennung Posens ebenfalls sehr wenig — Hauptsache die Polen fühlen sich dort wohl. Leben doch auch die Deutschen in 3 Staaten: im Deutschen Reiche, in Österreich und der Schweiz. Ich zweifle sehr daran, ob ein schweizerischer Deutscher unter die angenehme preußische Regierung zu gelangen wünschte? Warum also sollten die preußischen Polen Rußland anschnappen, wenn sie sich in Preußen wohlfühlen würden?

Ich wiederhole also: Ich sehe keinen Grund zur Betreibung der „polnischen Intrigue“ gegen die Deutschen, aber ich sehe hundert Gründe darin, daß die Polen sich mit Händen und Füßen an Rußland anklammern sollten, so weit sie dort Bedingungen zur zivilisatorischen Entwicklung vorfinden. Den Einfall der Deutschen nach Rußland würde ich vor allen Dingen für ein Unglück für uns halten. Doch nehme ich nichtsdestoweniger an, daß ein solcher Einfall möglich ist und daß Rußland mit der ganzen slawischen Herzlichkeit daran arbeitet, den Deutschen ihre Aufgabe, ihm den nie wieder gut zu machenden Stoß zu versetzen, zu erleichtern.

Wir sind also verloren — seufzt der Leser. — Lauter Einschränkungen, Ausrottungen, Einsälle . . . Ein schöner Neujahrsgruß! . . .

Ich bitte um Verzeihung. Ich sage nur, daß es schlimm ist, ich stelle Tatsachen fest, doch ich behaupte es keinesfalls, daß — keine Änderungen zum Besseren, und das sehr tief gehende Änderungen stattfinden werden.

Vor allen Dingen, so weit es um Rußland geht, so sagte ich es schon — ich wiederhole es — düsende von Malen, daß dieser Staat sehr bald zur Überzeugung der Nutzlosigkeit seiner reaktionären Politik gelangen wird. Die Reaktion wird weder die Arbeit intensiver gestalten, noch die Aufklärung entzünden, sie wird weder die Fruchtbarkeit des Landes heben, noch die Trunksucht und die Krankheit begrenzen, sie wird sogar — wie wir es sehen, nicht einmal mit dem so kleinen sozialen Unwetter, wie es das — Banditentum ist, fertig.

Im Resultat werden es alle von den Großen bis zu den Kleinen einsehen, daß Rußland entweder frei und gerecht sein muß — oder — es wird zu existieren aufhören.

Mit der deutschen Politik ist es etwas anders. Dort gibt es weder Hungersnöte, noch chronische Trunksucht, weder Faulheit, noch Dummheit. Dort gibt es eine gute ökonomische Wirtschaft, doch fehlt es an Gerechtigkeit, an Gleichgewicht zwischen dem nationalen Egoismus und den Anforderungen der Zivilisation. Daher müssen auch in Deutschland Änderungen eintreten, die hervorgerufen werden durch den natürlichen Lauf der Dinge, durch die Kraft der Vorfälle. Aber — was ist denn das: ein natürlicher Lauf der Dinge?

Glaubst du daran, Leser, daß die Menschheit noch mehrere Tausend Jahre existieren und sich entwickeln werde? . . .

Ich glaube daran, ja ich bin davon sogar fest überzeugt. Um zu existieren und sich zu entwickeln, muß die Menschheit vor allen Dingen gesund sein. Ungerechtigkeit und staatliche Niederträchtigkeit sind Krankheiten der Menschheit — also eins von beiden . . . Entweder müssen die schlimmsten Erscheinungen der Niederträchtigkeit verschwinden, oder dem Menschengeschlecht droht Verwilderung.

Daß das zivilisierte Europa krank ist, davon zeugen schlagende und grelle Beweise. Im Jahre 1866 betrugen die staatlichen Schulden 66 Milliarden Franks, im Jahre 1906 erreichten sie die Höhe von 148 Milliarden, also über zwei Mal so viel. Im Jahre 1866 gab man für militärische Zwecke 3 Milliarden aus und gegenwärtig betragen diese Ausgaben drei Mal so viel. Und warum? Leben wir in der Epoche der Riesenbären und Ragen, vor denen man sich verteidigen muß? Stehen an den Grenzen Europas millionenstarke Horden der Tataren oder Hunnen, die abgeschlagen werden müssen? Mitnichten. Die zivilisierten und christlichen Staaten haben vor einander, vor allen Dingen vor — Preußen Angst, das durch seine fortwährenden Rüstungen Europa beunruhigt, und das mit Hilfe, und sei es auch der antipolnischen Gesetze, anderen Völkern zeigt, was sie im Falle des schließlichen Sieges Preußens erwartet!

Das Entziehen von mehreren Millionen der stärksten Menschen der Arbeit, übergroße Steuern, geschwächte Arbeitsamkeit und geschwächtes Unternehmertum, allgemeine Unzufriedenheit, das Anwachsen von Verbrechen, Anarchie in den Anschauungen, allgemeines Mißtrauen und immer schwerere Daseinsbedingungen, das sind die Folgen des bewaffneten Friedens, den die Welt den Siegen und dem preußischen System zu verdanken hat.

Vielleicht ist aber jenes preußische System, sind jene Parolen „Macht geht vor Recht“ und „Der nationale Egoismus“ gesunde Erscheinungen eines gesunden Gemeinwesens?

Nein. Preußen ist nicht nur nicht gesund, sondern es ist — schwer krank. Beweis: Bruch mit den Traditionen der größten Philosophen und Dichter des deutschen Volkes, Empörung der ehrlichen Deutschen, erstaunliche Erscheinungen der Amoralität in den höchsten Sphären, eine von politischen und administrativen Einflüssen abhängige Rechtsprechung, Niedergang des Lehrerstandes, wenn auch nur in den östlichen Provinzen Preußens, ein schändliches Anwachsen der Spionage, Grausamkeiten im Heere, in der Schule, in den Kolonien, und endlich — das öffentliche Verleugnen der christlichen Ethik. Der Dekalog spricht: „Du sollst nicht begehren deines Nächsten Haus und Herr von Bülow sagte, daß man den Polen die Häuser wegnehmen müsse!“

Kann ein ähnlicher Stand der Dinge — sogar in Deutschland, lange andauern? Können die Vorschriften eines Nero Hand in Hand mit dem Evangelium gehen? Entweder — oder. Entweder siegt Nero oder Christus, diese künstliche Ehe muß jedenfalls bald auseinandergehen. Die Sonne der Gerechtigkeit, die Sonne einer freihheitlichen Entwicklung existiert und sie wird existieren, wenn auch Wolken sie bedecken.

Die Völker Europas werden zu einer Verständigung gelangen, sie werden die Bedingungen eines friedlichen Zusammenlebens finden und aus ihren Organismen wenigstens die ärgsten Keime der Fäulnis: die staatliche Niederträchtigkeit, ausscheiden.

So sahen meine Träume am Neujahrstage aus: es muß auf der Welt besser werden!

Boleslaus Prus.

Aus Nr. 296 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 30. Dezember 1910:

Einige Worte der Wahrheit über den politischen Erzprahler aus Graudenz.

Wir lieben nicht den Federkrieg, sofern er nicht wegen wichtiger politischer und sozialer Grundsätze geführt wird. Einen solchen Federkrieg vermeiden wir, denn das Führen einer persönlichen Polemik ist nicht die Aufgabe einer Zeitung, die ihre Programm ernst nimmt.

Da aber der frühere Volksschullehrer Viktor Kulerski, dessen Vater Deutscher ist und der selbst mit unsern nationalen Heiligtümern hauiert wie irgend ein Wertheim oder Tiez in Berlin, sich erlaubt, einen unwürdigen Konkurrenzkampf gegen Zeitungen zu führen, die sich seit vielen Jahren um die Emigration redlich verdient gemacht haben, wie z. B. den Wiarus Polski in Bochum und den Dziennik Berliński in Berlin, da er ferner mit ekelhafter Tücke den Wiarus als Werkzeug der Zentrumsleute hinstellt und von dem Dziennik Berliński sagt, daß er seine Existenz auf die radikalen Elemente stützt, die von der roten Farbe der Bebel'schen Standarte etwas bestraft werden, was eine schwere Beleidigung aller national aufgeklärten Polen von Berlin und Umgegend ist, so sehen wir uns gezwungen, aus unserer Reserve hervorzutreten und diesen Herrn, der sich erlaubt, auf diese Art den Dziennik Berliński und seine Leser zu beleidigen, im richtigen Lichte darzustellen.

Das wahre Bild dieses politischen Clowns und Aufschneiders hat bereits vor sieben Jahren der Propst Rujot in seiner bekannten Broschüre dargestellt. Wir haben damals aus den interessanten Details der Broschüre keinen Nutzen gezogen, denn wir waren der Meinung, daß Herr Kulerski, der ein Abgeordnetenmandat bekleidete, — wenn auch auf dem Wege des Bruches der nationalen Solidarität mit Hilfe besoldeter Agenten seiner auf die niedrigsten menschlichen Instinkte berechneten Zeitung —, in sich gehen und auf dem verantwortungsvollen Terrain seine Zanksucht unterdrücken würde, die ihre Quelle in der nicht zu hemmenden Manie der politischen Prahlerei und Narrheit hat.

Da indessen seine Manie nicht nur nicht zurückgegangen ist, sondern sogar Fortschritte gemacht hat, da er sich sogar nicht scheut, sich nach dem Muster eines gewissen Monarchen als besonderes Instrument des Herrn zu verkünden, da er mit Hilfe der unsaubersten Konkurrenzmittel bemüht ist, mit unerhörter Gemeinheit niederträchtige Verleumdungen über den Wiarus und den Dziennik Berliński zu verbreiten, um vor seinen von ihm betörten „geliebten Brüdern“ den Verrat seiner eigenen früheren Grundsätze zu verbergen, da er weiter sich der Politik der früher von ihm bekämpften Versöhnungsparteiler anschloß (er selbst hat auch für die neuen Lebensmittelsteuern gestimmt, welche die Schultern der breiten Massen des Volkes belasten), da er sogar als Verteidiger der letzten versöhnlichen Rede des „Demokraten in Lackstiefeln“, des Grafen Mathias Wielzynski auftritt, dessen gewöhnliches elendes Werkzeug er geworden ist, — sehen wir uns gezwungen, das zu wiederholen, was uns die ihm am nächsten stehenden Leute über ihn geschrieben haben.

Wir schreiben noch nicht das, was uns seine eigene Familie über ihn mitteilt. Wir bringen aber nachstehend eine Korrespondenz, die wir grade vor einem Jahre von einem Redakteur der „Gazeta Grudziöndzka“ erhalten haben.

Wir haben sie schon ein ganzes Jahr in unserer Mappe und trotz der in ihr enthaltenen Wahrheit über den politischen Clown, für den wir Herrn Kulerski

stets gehalten haben, haben wir sie nicht veröffentlicht, weil mir mit diesen Memoiren unsere politisch aufgeklärten Leser, die alle den Wert der politischen Prahlereien des Herrn Kulerski genau kennen, nicht beschäftigen wollten.

Gegenüber aber der gemeinen Beleidigung, welche er und seine besoldeten Agenten der polnischen Kolonie in Berlin zugefügt haben, haben wir keine Veranlassung mehr, das zu verschweigen, was uns ein Redakteur seiner „Gazeta Grudziöndzka“, also ein Mensch, der die Tätigkeit dieses politischen Komödianten aus der Nähe betrachtet hat, über seine Arbeit geschrieben hat.

Er schreibt über ihn folgendes:

„Westp reußen, im Dezember 1909.

Die geehrte Redaktion des „Dziennik Berliński“ bitte ich als früherer Redakteur des Organs des Herrn Kulerski um Aufnahme nachstehender Korrespondenz:

Wie die Kinder mit Raschwerk, so leckt die „Gazeta Grudziöndzka“ (oder richtiger Herr Kulerski) ihre Leser mit Geschenken an. Den Kindern sagt man: Tue das und das, dann erhältst du Raschwerk. Die Gazeta Grudziöndzka sagt: Abonniere die „Grudziöndzka“ und du erhältst ein Geschenk. Das genügt aber noch nicht, sie sollen Herrn Kulerski auch noch neue Abonnenten werben, damit er die Zahl von 100 000 Abonnenten erzielt. Jetzt ist er noch sehr bescheiden und sagt, daß es das Verdienst der Leser wäre, wenn er jene Zahl erreichen würde. Sobald er aber in Wirklichkeit diese Zahl erreicht haben würde, dann würde er sich rühmen, daß er dies vollbracht habe, daß er gewissermaßen ein Zauberer sei, der alles tun könne, was er wolle.

Wir hatten häufig Gelegenheit, uns davon zu überzeugen, wie sich Herr Kulerski rühmte, wenn die Zahl der Abonnenten zugenommen hatte. Er tat dies, trotzdem er es hauptsächlich den Redakteuren verdankte, die, um seine Eier, Abonnenten zu fangen, zu stillen, jeden Augenblick ins Gefängnis gehen mußten, und andern Leuten, die er durch Schmeicheleien, Versprechungen oder Geschenke für sich gewonnen hatte. Er dankte fast allen so wie den Organisten, denen er seiner Zeit goldene Berge versprochen hatte, falls sie ihm Abonnenten beschaffen würden, und denen er dann einen Quark gab. Es ist klar, daß er durch ein derartiges Verhalten viele von jenen verlegen mußte, die ihn früher unterstützten, und daß schon viele seinen schönen Worten nicht mehr glauben. Daher kommt es auch, daß keine Abonnenten mehr hinzukommen, wenigstens nicht so viele wie früher, trotzdem Herr Kulerski wie noch niemals nach Abonnenten schreit und bettelt, trotzdem er den Leuten schmeichelt und Geschenke über Geschenke gibt, trotzdem es in der Zeitung und in den Beilagen von Bildern wimmelt.

Die Lösung: die Gazeta Grudziöndzka muß 100 000 Abonnenten haben, hat er bereits im Sommer 1908 ausgegeben, und noch hat er diese 100 000 Abonnenten nicht. Sogar im vergangenen Jahre, in welchem er anlässlich des 15jährigen Bestehens der Gazeta Grudziöndzka bestimmt diese Zahl zu erreichen hoffte, hat er sein Ziel nicht erreicht.

Wie er im März v. J. (1909) sagte, fehlten ihm an 100 000 Abonnenten noch gut 10 000, und jetzt fehlen ihm, trotzdem, wie er verkündet, 5000 Abonnenten hinzugekommen sind, noch gut 8000.

Hieraus werdet ihr euch, geehrte Leser, überzeugen, wie wahrheitsliebend Herr Kulerski ist, wie er seine Leser an der Nase herumführt, und wie wenig Veranlassung er gleichzeitig hat, sich zu rühmen. Er hat sich im Gegenteil mit seiner Lösung lächerlich gemacht, denn es hat sich gezeigt, wie wenig die Leute jetzt

seine Lofung respektieren, und zugleich wurde er als Prahler und Gauner entlarvt. Wenn die Gazeta Grudziondzka sogar endlich diese Zahl von Abonnenten haben würde, so würde Herr Kulerski keine Veranlassung haben, sich dessen zu rühmen. Immerhin hat sich seine Lofung, daß die Gazeta Grudziondzka am Tage ihres 15jährigen Bestehens 100 000 Abonnenten haben würde, nicht erfüllt.

Und man muß bedenken, wie viel er geschrien und gebettelt hat, wie viele Geschenke er verteilt hat, um nur seine Absicht durchzusetzen. Wenn er aber seiner Zeit sogar 100 000 Abonnenten erreicht hätte, dann hätte er mit Pyrrhus, dem Könige von Epirus, rufen können: Noch einen derartigen Sieg, und wir werden verloren sein!

So rächt sich alles Böse. Was Herr Kulerski an jenen verdient hat, die ihn früher unterstützt haben und die er ausgebeutet hat, das verliert er jetzt doppelt an jenen lächerlichen Jahrmärtsgechenken. Denn wenn er diese Geschenke nicht geben würde, sein Versprechen den Lehrern gegenüber nicht halten würde, dann würden sich seine Leser nicht nur nicht neue Abonnenten bemühen, sondern sie würden sogar die „Gazeta Grudziondzka“ in den Winkel werfen und eine andere Zeitung abonnieren, die ihnen besser gefällt, die sich nicht so viel rühmt, unsere nationale Sache dafür aber wahrhaft und selbstlos verteidigt.

In den nächsten Tagen werde ich der geehrten Redaktion des „Dziennik Berliński“ einen zweiten Brief übersenden.

Hochachtungsvoll

Ein ehemaliger Mitredakteur der „Gazeta Grudziądzka“.

Aus Nr. 297 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 31. Dezember 1910:

Ein zweiter Brief über die Tätigkeit des politischen Erzprahlers aus Graudenz. (Aus Westpreußen.)

Wie ein Pharisäer, von welchem in der heiligen Schrift die Rede ist, so rühmt sich die Gazeta Grudziondzka in einem „Unsere Aufgaben“ überschriebenen Artikel und erhebt sich über andere Zeitungen, die nicht so handeln. Sie schreibt nämlich u. a. wörtlich:

„Nicht des eigenen Gewinns wegen, nicht um uns zu bereichern, sind wir bemüht, unsere Zeitung zu verbreiten, sondern nur der Sache wegen, die wir die polnische Angelegenheit nennen; nicht durch Schwagen, nicht durch schöne nationale Phrasen will sie für das Volk arbeiten, sondern dadurch, daß sie das Volk unter einer gemeinsamen Standarte vereint, indem sie es im Namen der edlen, erhabenen Liebe zum Vaterlande organisiert, die sich weder auf eine Partei, noch auf einen Stand, noch auf gewisse Klassen beschränkt, sondern die ganze Nation umfaßt und die man auf dem schmutzigen Lappen des eigenen Egoismus nicht aushängen kann.“

Daß dies eine schöne Aufgabe ist, darüber läßt sich nichts sagen. Schade nur, daß diese Worte selbst leere Phrasen sind, von welchen es überhaupt in der Gazeta Grudziondzka wimmelt. Es gibt fast keine Nummer, in welcher sie sich nicht rühmt, was sie alles für ihre Abonnenten tut, wie sie sich für unsere Ideale aufopfert. Die Ohren schmerzen einem bei dem ewigen Geschrei darüber, wie viel die Gazeta Grudziondzka für die Aufklärung des Volkes geopfert hat und noch opfert, wie viel sie für Geschenke ausgegeben hat, wie lange Zeit ihre Redakteure für unsere Ideale in preußischen Gefängnissen haben sitzen müssen, wie viele Kosten sie bezahlt hat usw.

Wie sehen nun diese Ideale, von denen die Rede ist, in Wirklichkeit aus?

Was die Gazeta Grudziondzka ausgegeben hat, das ist hauptsächlich zu dem Zwecke geschehen, die Zeitung zu verbreiten, die den Ruhm des Verlegers der Gazeta Grudziondzka, des Herrn Kulerski, verkünden sollte.

Wenn die Gazeta Grudziondzka gerichtliche Strafen zahlen mußte, wenn sie Geschenke verteilte, so erzielte sie hieraus auch ungeheuren Gewinn, der die Ausgaben weit überflügelte. Hauptsächlich diesen Gefängnissen, in welchen ihre Redakteure sitzen mußten, den absichtlich hervorgerufenen Prozessen, diesen gerichtlichen Strafen und Geschenken verdankt gerade die Gazeta Grudziondzka ihre Entwicklung. Deshalb sorgte Herr Kulerski auch dafür, daß möglichst viele Redakteure im Gefängnis saßen, daß die Gefängnisstrafen möglichst lang und die Gerichtskosten möglichst hohe waren.

Er wußte, daß er dadurch die meisten Abonnenten gewann, daß die hierdurch entstandenen Kosten, wenn auch nicht sofort, so doch später, zehnfach eingebracht werden würden. Er blickt nicht, wie schließlich jeder Geschäftsmann, auf das, was er ausgibt, sondern nur darauf, was ihm diese Ausgabe einbringen wird. Wenn auch die Zeitung nicht allzu teuer ist, so sind dafür die Inserate in der Gazeta Grudziondzka bedeutend teurer als in anderen Zeitungen. Und der Gewinn ist umso größer, als die Gazeta Grudziondzka viele Inserate hat, denn jeder zieht es vor, in einer Zeitung zu abonnieren, die viele fast gänzlich ungebildete Leser hat.

Dabei ist das Papier gewöhnlich schlechter, also auch billiger, die Inserate sind kleiner als in anderen Zeitungen.

Genug, durch die Gazeta Grudziondzka hat sich kein Abonnent bereichert und durch ihre Aufklärung ist noch keiner zum Professor geworden. Dafür hat sich der Herausgeber der Gazeta Grudziondzka, Herr Kulerski, bereichert, denn er konnte sogar schon damals, als er noch nicht Abgeordneter war, zweiter Klasse fahren und später besuchte er Abazia und die Schweiz. So wirtschaftete er mit den schwer erarbeiteten Groschen des polnischen Volkes.

Daß er Abgeordneter geworden ist, verdankt er ebenfalls lediglich seiner Zeitung, seinen verschiedenen besoldeten und unbesoldeten Agenten und Agitatoren.

Und ein solcher Mensch, der auch noch als Abgeordneter ein anständiges Gehalt empfängt, erdreistet sich von Idealen zu sprechen, vorzuspiegeln, daß es keinen idealeren Menschen als ihn auf der Welt gibt. Wenn er schon ein Geschäftsmann ist, wie wenige es sind, wenn schon seine Gazeta Grudziondzka, ähnlich wie die Warenhäuser den kleineren Geschäften, den kleineren und schwächeren Zeitungen unerhörte Konkurrenz machen, dann möge er wenigstens nicht den Heiligen spielen und sich nicht über die andern Zeitungen wundern, die das gleiche Existenzrecht wie die Gazeta Grudziondzka haben, daß sie sich über ein derartiges Verhalten entrüsten.

Die Gazeta Grudziondzka sagt, daß sie den Kampf will, aber den ehrlichen Kampf. Wer aber weiß, welchen Kampf sie seiner Zeit gegen den Pielgrzym und andere Zeitungen geführt hat, wie sie die Ehre angesehenen mackerer Bürger angestastet hat, mit welchem Schmutze sie verdiente und in der polnischen Volksgeamtheit angesehene Männer beworfen hat, wie sie noch heute wühlt und andere herausfordert, die eine Herausforderung von ihrer Seite durchaus nicht verdienen, der muß zugeben, daß mit einer solchen Zeitung ein Kampf unmöglich ist, daß man mit ihr nicht in Frieden leben kann.

Leere Phrasen sind also die Worte der „Grudziondzka“, daß sie im Namen der eplen, erhabenen Liebe zum Vaterlande am Volke arbeiten will.

Die Grudziondzka müßte wissen, daß nicht Worte sondern Taten etwas beweisen. Wenn jemand noch so schön spricht, aber nichts tut, dann glaubt man ihm nicht.

Sie hält also ihre Leser für sehr ungebildet, wenn sie ihnen solche Sachen einreden will, wenn sie sich überhaupt dessen rühmt, was sie für sie aufopfert. Aber sie weiß, daß man die Dummen nicht sät, sondern daß sie von allein wachsen. Sie weiß, daß es ihr gelungen ist, ihren „geliebten Brüdern“ so manches einzureden, daß es ihr also sicher auch gelingen wird, ihnen auch das einzureden, wie ideal, friedlich und ehrlich sie ist.

Aus Nr. 8 des Postep (Posen)

vom 11. Januar 1911:

Welche Änderungen sind in der Fremde notwendig?

Aus der Fremde wird uns geschrieben:

Das Herausdrängen des polnischen Arbeiters aus seiner Heimat, veranlaßt durch die Germanisation des Posenschen oder durch andere Ursachen zwingt ihn, im Westen Deutschlands Arbeit zu suchen. Der Zufluß des polnischen Arbeiters wird hier immer größer und damit auch die Arbeit der hiesigen polnischen Agitatoren, damit dieser Arbeiter dem Vaterlande gewonnen werde und fernerhin erhalten bleibe.

Ein solcher frisch angekommener Arbeiter ist national entweder gar nicht oder nur sehr wenig aufgeklärt. Die Arbeit mit ihm ist schwer.

Ein solcher Arbeiter will polnischen Vereinen nicht beitreten, denn das kostet viel und „bringt nichts ein“. Gelingt es nach vielen Bemühungen jedoch, einen solchen Arbeiter zum Beitritt in einen Verein zu bewegen, so sind es kirchliche Vereine, die er bevorzugt. Sehr viel Arbeit kostet es, ihn in den Sokolverein zu bekommen, fast unmöglich ist es, ihn zum Beitritt in die polnische Berufsvereinigung zu bewegen, denn dort ist es nach seiner Meinung viel zu teuer. Hat man nun diesen Arbeiter im kirchlichen Verein, im Sokolverein und in der polnischen Berufsvereinigung, so würde es dem die Sachlage nicht Kennenden scheinen, daß ein solcher Arbeiter schon genügend in nationaler Hinsicht geschützt ist.

Dem ist nicht so. Dieser Arbeiter wird allmählich germanisiert; und das geschieht allgemein mit Hilfe der kirchlichen Vereine. Diese Vereine sind auch zuerst in der Fremde entstanden; einige von ihnen existieren schon über 25 Jahre.

In diesen Vereinen fanden die Polen einen Halt für sich und moralische, manchmal auch materielle Hilfe, aber nur solange, so lange polnische Arbeiter Leiter dieser Vereine waren. Seit etwa 13 Jahren, als auf Verlangen der deutschen Bischöfe Leiter dieser kirchlichen Vereine hiesige Geistliche sind, wurden die Vereine die Quelle einer langsamen Germanisation.

In diesen kirchlichen Vereinen wird kein Pole geduldet, der ständig um polnische Seelsorge kämpft. Ohne weiteres wird derjenige ausgeschlossen, der es wagen würde, die Geistlichkeit für ihre Abneigung zur Veranstaltung polnischer Gottesdienste zu kritisieren.

Dagegen wird jedem, der als Gegner eines polnischen Kandidaten für den Reichstag bekannt ist, geschmeichelt. Endlich sind diejenigen gern gesehen, die es erlauben, daß man ihnen eine deutsch gedruckte kirchliche Zeitung ins Haus bringt. Die Zeitungsausträger haben vom Propst den

ausdrücklichen Befehl erhalten, die Zeitung jedem, ob er sie haben will oder nicht, hinzutragen und dafür monatlich 10 Pfennige als Abonnementspreis einzufassieren. (Dies ist in Caterberg geschehen.) Es versteht sich von selbst, daß die Nationalisten diesen zudringlichen Menschen mit wenig schmeichelhaften Bemerkungen die Tür gewiesen haben. Viele Polen erlauben es jedoch, daß man ihnen die Zeitung bringt. Sie zahlen auch den geforderten Betrag, denn es handelt sich doch um eine „kirchliche“ Zeitung.

Was soll man hier mehr bewundern, die deutsche Zudringlichkeit oder die polnische Dummheit? Auf diese und ähnliche Weise ist die deutsche Geistlichkeit bestrebt, auf die Polen Einfluß zu gewinnen, die einen durch Strenge von der nationalen Arbeit abzuschrecken, die anderen durch Schmeicheleien immer weiter, obwohl langsam und unauffällig, aber desto sicherer in das Zentrums-lager der Germanisation zu führen.

Zu diesem Zwecke sind die polnischen kirchlichen Vereine in der Fremde wie geschaffen. Immer mehr unterliegen sie den Einflüssen, unter welchen sie stehen; es gibt immer weniger Opponenten, denn das System der Schmeichelei hat Angeber verschiedener Art geboren. Nicht selten kommen Fälle vor, wo Mitglieder eines Vereins andere Mitglieder, die über den Geistlichen etwas Unangenehmes geredet haben, dem Geistlichen anzeigen. Solcher Denunzianten gibt es viele in den kirchlichen Vereinen der Fremde.

Es würde sich also empfehlen, diese Vereine, da sie nicht mehr ihrem zuerst gesteckten Ziele genügen und gegenwärtig der Germanisation dienen, aufzulösen.

Die Mitglieder dieser aufgelösten Vereine finden eine moralische Hilfe in den polnischen Rosenkranzbruderschaften, welche in jeder Parochie, wo Polen wohnen, existieren. Nationale Verteidigung würden diese Mitglieder dagegen im „Strafchverein“ materielle Hilfe in der polnischen Berufsvereinigung finden.

Die politischen Organisationen in der Fremde bedürfen ebenfalls der Verbesserung. Hier gibt es einige politische Vereine, doch fehlt ihnen die einseitliche Führung. Die „Strafchvereine“, deren es 14 gibt, arbeiten nach einem Programm, und es ist Hoffnung vorhanden, daß sie ihre Aufgabe gehörig erfüllen werden, weil sie eine gehörige Kontrolle haben. Dieses kann von den politischen Vereinen, die unter dem Namen „Dziwiata“ bekannt sind, nicht gesagt werden. Hier existieren 10 „Dziwiatavereine“. Sie sind eine Schöpfung der Herren Brejski aus Bochum von der Zeit her, als noch in der Fremde der Polenverband existierte. Die „Dziwiatavereine“ sind von diesen Herrn deswegen gegründet worden, damit sie dem Polenverband, dessen Leiter politische und soziale Gegner der genannten Herren waren, Konkurrenz bieten sollten. Diese Vereine können später als die Pflanzstätte des Sozialismus in der Fremde enden, wenn sie nicht bald der Auflösung anheimfallen. Diese Vereine haben überhaupt keine Kontrolle über sich, sie können ihre Statuten nach Wunsch und Willen ändern. — Dieses können verkehrte Menschen ausnützen und diese Vereine zu Stätten des Sozialismus und des Klassenkampfes machen. Man hätte doch damals, als diese „Dziwiatavereine“ aufkamen, „Strafchvereine“ gründen sollen. Doch auch hier besteht schon lange eine Abneigung gegen die „Strafch“. Es ist schlimm, daß diese Herren noch heute „Dziwiatavereine“ gründen, obwohl in der Fremde nur die „Strafch“ als politischer Verein existieren sollte. Sorgen Sie, meine Herren, für eine einheitliche Führung der polnischen politischen Vereine. Das Übel muß ausgerottet werden, ehe es zu tiefe Wurzeln gefaßt hat, auch was morisch geworden ist, muß fallen.

Teki.

Aus Nr. 1 des Robotnik Polski na Obczyźnie (Berlin)
vom 1. Januar 1911:

Unsere Arbeit in den Vereinen!

Man schreibt öfters und spricht noch mehr über unsere Arbeit in den Vereinen und besonders in den Arbeitervereinen. Da ich Gelegenheit hatte, diese erfolgreiche Arbeit in einigen Vereinen aus der Nähe zu betrachten, so denke ich, daß es gut sein wird, die Angelegenheit etwas zu berühren, nicht etwa um jemanden zu beleidigen, sondern um uns selbst besser kennen zu lernen.

Wenn man auch zugeben muß, daß unsere Vereine in aufklärender und allgemein nationaler Beziehung fortschreiten, so wird doch diese Arbeit überwiegend überschätzt, nur um dem eigenen Ehrgefühl, dem widerwärtigen Materialismus und der schon geradezu übel berührenden Pedanterie zu willfahren.

Das alles macht uns doch nur zu Dienern und Knechten, wir aber brauchen Mannhaftigkeit, Edelmüt, Hingebung und standhafte Arbeit ohne viel Geschrei, aber fruchtbringend muß sie sein.

Wir haben heute noch sehr viele Vereine, wie in der Heimat, so leider auch in der Fremde, welche überhaupt nicht wissen, zu was sie entstanden sind, die alles Mögliche treiben, nur nicht die gewählten Zwecke, das ist die Hebung der allgemeinen — nicht einseitigen — gesunden Aufklärung im Arbeiterstande. Es ist kein Wunder, daß in diesen Vereinen Unwissenheit, Vorurteil, Zwietracht, Boykott der eigenen Landsleute und der polnischen Blätter herrschen, die Früchte dieser Arbeit sind aber solche, daß aus ihnen Leute hervorgehen, welche oft die schlimmsten Schädiger unserer ganzen nationalen Sache sind. Die Mitglieder kommen nicht dazu zusammen, um sich zu bilden, sondern um ihre Privatangelegenheiten zu erledigen, und wenn sie diese im Verein nicht erledigen können, dann sehen sie in ihrer Unwissenheit nichts anderes, als sich vor Gericht mit Schmutz zu bewerben.

Das ist ein ausgeprochenes Abbild unserer in der Heimat herrschenden Verhältnisse, wo diese widerwärtige Angelegenheit so eingewurzelt ist, daß unser Arbeiter in seiner Einbildung sagt — wenn ich auch die Mütze verkaufe, aber schenken tue ich nichts.

Wie groß ist also das Gebiet der Tätigkeit in den Vereinen, um diese üblen Gewohnheiten auszurotten. Wie soll sich hier aber der Arbeiter davon abgewöhnen, wenn Leute, die an der Spitze der Vereine und Organisationen stehen, diese Fäulnis propagieren?

Zur positiven Arbeit rechnen manche Führer unserer Vereine, das Sichverbrüder mit den Deutschen bei jedweder Gelegenheit; das Schlimmste ist aber, das bei solchen Festlichkeiten man nur eingeladene Deutsche sieht. Ich hatte einmal das Vergnügen, an solchem Jahresfest anwesend zu sein, wo der Präsidententisch außer dem Vorstand mit Fremden dekoriert war, die polnischen Delegierten aber, na, die empfängt man so über die Schulter und läßt sie irgendwo im Winkel sitzen. Und als man bei der Einbringung der Fahne unser polnisches Lied sang, hat von den 300 versammelten Landsleuten der dritte Teil so einigermaßen mitgesungen, die andern haben geschwiegen; als man aber während des Vergnügens einen allgemeinen „Gassenhauer“ spielte, hat sich unser Völkchen dabei aufgeführt, daß es aussah, als ob es ein öffentliches teutonisches Vergnügen wäre.

Wo soll das nun hinführen, wenn wir das Böse so freiwillig treiben und unsere Festlichkeiten durch fremde Sprachen und Gewohnheiten verunstalten werden.

Es muß auch an die Formen und Privilegien mancher unserer Vereine erinnert werden, mit denen

sie sich umgeben und so eine Arbeit verrichten, die nach ihrer Meinung Erlösung bringt, die aber nach meiner Ansicht der einfachsten Logik und dem gesunden Verstande Hohn spricht.

Wenn z. B. ein Mitglied zur gemeinschaftlichen Beichte und Kommunion nicht erscheint, so wird es aus dem Verein ausgeschlossen, es wird also Gewalt gegen den freien Willen der Person angewendet. Solche Mittel wendet nicht einmal unsere Kirche an, denn sie vergibt den Gleichgültigen und nimmt sie gern in ihren Schoß auf, aber die polnischen Vereine bzw. ihre Leiter halten sich in ihrem Fanatismus für viel größere Katholiken als der Papst selbst, und es geschieht alles nur gegen Bezahlung — nicht etwa aus Frömmigkeit — man sieht, daß sie das Sprichwort aus der heiligen Schrift vom Pharisäer und Zöllner vergessen haben. Mit solchen Mitteln schadet man heute mehr, als man nützt.

Wir leben heute in schwierigen Zeiten, auf Schritt und Tritt verfolgt uns das Schicksal, und unsere Herzen sind mit Bitterkeit erfüllt. Es scheint, daß wir etwas gelernt haben — o ja! Wir haben gelernt die Barbarei gegen uns selbst nachzuahmen. Denn gewisse unserer Arbeitervereine haben sich in ihrer positiven Arbeit so vergaloppiert, daß, wenn jemand Mitglied eines solchen Vereins werden will, er sich zuerst um seine und der Eltern Personalspapiere, weiter um die amtliche Bestätigung über die Führung durch den örtlichen Propst, den Trauschein und um den Taufschein der Kinder usw. bemühen muß, denn sonst wirst Du nach dreimaligem formellen Kandidieren, trotzdem keine Proteste und Gründe vorliegen und wenn Dich auch, geehrter Landsmann, der ganze Verein als einen Polen kennen würde, nicht aufgenommen. Die ganze Sache ist heimlich abgekartet, und da hilft alles nichts, denn Du wurdest formell überstimmt!!!

Wenn man dieses bei allen neu Eintretenden anwenden würde, dann ginge das noch an, aber gerade hierin liegt die Heuchelei, das Judasmäßige, daß man die Ausnahmeform nur bei solchen anwendet, welche man haßt, obgleich diese Leute in jeder Beziehung vorwurfsfrei sind, aber weil sie Gerechtigkeit, Ideale und edle Gesinnung in unserer ganzen gemeinschaftlichen Arbeit haben wollen, kann man solche natürlich im Verein nicht gebrauchen, denn sie sind, wie man sich ausgedrückt hat, zu klug — also nur Dumme kann man gebrauchen — denn sonst würde manche Lumpigkeit ans Tageslicht kommen, die Verdummung dieses unwissenden Volkes würde dann aufhören und ein solcher Vorstand, welcher sich bis jetzt für den halben Gott hielt, würde etwas von seinem Heiligenschein verlieren. Nein, dazu darf man es nicht kommen lassen, es ist besser, daß im Verein eine grenzenlose Dummheit herrscht, es ist besser, daß in solchen Vereinen die Wirtschaft Früchte bringt, vor welchen sich die Gesamtheit schämen muß. Es wird gewiß keinen verwundern, daß man in solchen Vereinen Leute als Ehrenmitglieder wählt, welche auf dem moralischen Galgen hängen müßten, daß ich nur einen solchen Verschacherer und Verräter unserer polnischen Erde Zychlinski-Usarzewo, den der dortige Arbeiterverein, in welchem der Propst Vorsitzender ist, zum Ehrenmitglied angenommen hat, erwähne, oder auch einen von den Arbeitervereinen in Berlin, welcher Leute zu Ehrenmitgliedern ernannt, die mit ihrer schreienden positiven Arbeit zur Belastung des Arbeiters mit Steuern beigetragen haben, sie sind daher Abtrünnige der Arbeitersache — dafür können sie aber mit Talern schütteln und sich für Helden halten. Unser Arbeiter ist aber so leichtgläubig, daß man ihm nur auf die Schulter zu klopfen, ihn mit Wurst und Bier zu traktieren braucht und schon kann er die Gerechtigkeit nicht mehr von der Heuchelei unterscheiden.

Erblicken wir dann in dieser heuchlerischen, anschwärzerischen und vorintstutlichen Arbeit, die unsern Stolz und die polnische Ehre herabsetzt, unsere so viel verzichriene Zukunft! — Wird sich denn unser Arbeiterstand nur dann heben, wenn wir ihm das Sterbegeld geben, die Religion und die Nationalität einreden werden? — Was nützt es uns, daß wir fromme Katholiken, aber Deutsche oder Chinesen sein werden!

Die Tatsachen lehren uns täglich, daß der schlechteste Landsmann derjenige ist, welcher seine Nationalität

verleumdet, er ist ein viel schlimmerer Feind, als der offene, denn er hält sich versteckt.

Wir müssen also mit den veralteten Begriffen brechen, unsere Fahne muß mit feurigen Buchstaben das Zeichen eingeprägt haben: „Nationale Aufklärung, denn in der Finsternis gibt es kein Paradies. Unsere Vereine müssen für uns nur Aufklärungsinstitute und nicht Finanzbanken sein.

Fort mit allem Materialismus, dem goldenen Kalbe aus unseren Vereinen. Herz.

Aus Nr. 1 des Robotnik Polski na Obczyznie (Berlin)

vom 1. Januar 1911:

Kassenbericht

des Verbandes polnisch-katholischer Arbeitervereine Deutschlands.

Nachweisung der geleisteten Beiträge für das III. Vierteljahr 1910.

Ort	Nr.	Name des Vereins	Mark
Berlin	1	Polnisch-katholischer Arbeiterverein	225,20
Brandenburg	2	Polnisch-katholischer Verein „Sobieski“	43,80
Braunschweig	3	Polnisch-katholischer Verein „St. Adalbert“	6,—
Schöneberg	4	Polnisch-katholischer Arbeiterverein	27,40
Zehdenitz	5	Polnisch-katholischer Arbeiterverein	23,60
Stettin	6	Polnisch-katholischer Verein	21,—
Frankfurt	7	Polnisch-katholischer Industrieverein	15,—
Rixdorf	8	Polnisch-katholischer Arbeiterverein	40,20
Magdeburg	10	Polnisch-katholischer St. Johann-Nepomukverein	32,40
Bernburg	11	Polnisch-katholischer St. Josephverein	27,20
Berlin	12	Kirchlicher Gesangverein St. Cecilia	21,—
Tangermünde	14	Polnisch-katholischer St. Aloysiusverein	31,—
Senftenberg II	16	Polnisch-katholischer Arbeiterverein	29,—
Hildesheim	18	Polnisch-katholischer St. Bernhardverein	12,40
Cöpenitz	20	Polnisch-katholischer Verein „Kasimir der Große“	22,85
Wilmersdorf	21	Polnisch-katholischer Arbeiterverein	24,—
Greppin	23	Polnisch-katholischer St. Franziskusverein	20,—
Berlin	24	Polnisch-katholischer Verein „Lech“	3,60
Berlin	25	Polnisch-katholischer St. Josephverein	22,80
Berlin	26	Polnisch-katholischer Verein „Norden“	27,—
Breslau	30	Polnisch-katholischer Verein	34,—
Berlin	32	Industrieverein „Piast“	7,80
Helbra	33	Polnisch-katholischer Gesangverein „Lutnia“	12,60
Berlin	34	Verein „Vulkan“	8,40
Egeln	37	Polnisch-katholischer St. Paul- und Peterverein	16,20
Moabit	40	Polnisch-katholischer Verein unter dem Schutz St. Kasimir	97,20
Hamburg	41	Polnisch-katholischer Handwerkerverein	30,—
Wilhelmsburg	45	Polnisch-katholischer St. Josephverein	22,80
Schiffbeck	47	Polnisch-katholischer St. Peter- und Paulverein	53,40
Gr.-Nätschen	48	Polnisch-katholischer St. Peter- und Paulverein	92,80
Kiel	52	Volksverein	10,80
Ober-Schönweide	53	Polnisch-katholischer Verein	22,20
Lichtenberg	54	Polnisch-katholischer Arbeiterverein	14,60
Hamburg	55	Polnisch-katholischer Verein „Einheit“	10,80
Unterröblingen	56	Polnisch-katholischer St. Barbaraverein	9,—
Halle a. S.	57	Polnisch-katholischer St. Franziskusverein	14,—
Stecken	58	Polnisch-katholischer St. Lorenzverein	8,—
Tempelhof	60	Polnisch-katholischer Arbeiterverein	18,—
Potsdam	61	Polnisch-katholischer St. Adalbertverein	16,60
Berlin	62	Polnisch-katholischer Arbeiterverein St. Sebastian	6,—
Geesthacht	63	Polnisch-katholischer Verein unter dem Schutz St. Joseph	20,10
Bückgen	64	Polnisch-katholischer Arbeiterverein	20,60
Zusammen			1251,35

Zusammenstellung.

Die Einnahme betrug	1 251,35 M.
Die Ausgabe betrug	567,51 „
Es verbleiben	683,84 M.
Bestand aus dem II. Vierteljahr	9 667,12 „
Gesamtsumme	10 350,96 M.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 2 des Czas (Krakau)
vom 2. Januar 1911:

Über die Enteignung.

Die Anwesenheit Herrn Franz von Morawskis, des Abgeordneten zum Deutschen Reichstage und Verfassers der bekannten Broschüre „Der kommende Tag“, die sich besonders mit der Enteignungsfrage befaßt, in Krakau benutzend, haben wir uns an ihn mit der Bitte gewandt, uns die gegenwärtige Sachlage zu schildern.

Die letzten journalistischen Mitteilungen über die Enteignung — fragte unser Mitarbeiter — klingen wieder einander widersprechend. Einige Zeitungen behaupten, daß die Enteignung in nächster Zeit ins Leben gerufen werden wird. Andre widersprechen dem auf Grund von Informationen, die sie angeblich aus gut unterrichteten Quellen geschöpft haben. Was bedeutet diese ganze Kampagne?

Diese Kampagne ist gegenwärtig nichts anderes als eine der verschiedenen Formen des Kampfes auf Leben und Tod zwischen der Rechten und Linken in Preußen und Deutschland. Der von der Regierung und der regierungsfreundlichen Rechten begangene unerhörte Fehler, daß sie seiner Zeit das Enteignungsgesetz durchgebracht haben, rächt sich jetzt ganz empfindlich an ihnen. Ein ganz und gar sozialistisches, ganz und gar umstürzlerisches Gesetz, von welchem sich die Sozialisten selbst nur in ihren Zukunfts träumen eine Vorstellung machten, wurde ihnen von den Konservativen selbst geradezu gratis geschenkt. Indessen besitzen die deutschen Sozialisten, die geschickt verständig geleitet werden, genügend Empfinden für politische Taktik, um nicht in erster Reihe die eigene Firma gegenwärtig allzusehr in den Vordergrund zu stellen. Angesichts der Bildung des großen Blocks der Linken mit der Losung „Von Bassermann bis Bebel“ nehmen die Nationalliberalen umso freier die sozialistischen Aktien in dieser Hinsicht auf ihre Schultern. Aus Haß gegen die Rechte, die heute ihren Fehler empfindet, erinnern die nationalliberalen Zeitungen und auch die Abgeordneten unaufhörlich an die Enteignungsangelegenheit. Als Vorwand und Losung dienen stets die Polen, aber jeder weiß heute, daß die Enteignung nur das erfolgreichste Mittel zum endgültigen und gründlichen Sturz des Übergewichts der Kreise ist, die bis jetzt in Preußen herrschen. — Auf welche Art? — Die politischen Fluktuationen in Preußen und Deutschland pflegten verschiedenartig zu sein. Die Rechte war einmal auf dem Wagen, ein anderes Mal unter dem Wagen, aber stets hielt sie, auch in den Augenblicken des größten Falles, die Grundlage ihrer Existenz fest, ihre ungeheuren Güter, ihre Majorate, die ganze Kreise umfaßten, ihre 20 Millionen Morgen nur in den sechs östlichen preußischen Provinzen, die sich in der Hand des Großgrundbesitzes befinden. Es kommen feindliche Strömungen, aber das Fundament ihrer Kraft blieb unerschüttert und der politische Einfluß kehrte natürlicher Weise dorthin zurück, wo traditionell in Preußen seine Quelle sprudelt. Und auch heute verhält es sich noch so, die ganze rauchende Wahlkampagne auf jüdisch-liberaler Seite, die heute beginnt und seit dem Bestehen des Kaiserreichs vielleicht die schärfste zu werden verspricht, alle Erfolge, welche die Sozialisten und Liberalen in der öffentlichen Meinung oder bei einzelnen Ergänzungswahlen erzielen, die ganze Niederlage, welche die Konservativen wahrscheinlich bei den nächsten allgemeinen Wahlen erleiden werden, alles dies würde wahrscheinlich auch nur eine vorübergehende politische Fluktuation sein. Der Sturm würde vorübergehen, der preußische Junker würde auf

seinem Rittergute der bleiben, der er gewesen war, und er würde dann früher oder später zur Regierung zurückkehren. Hier indessen grade schreitet die geschichtliche Nemesis ein und bewirkt, daß dieser dieser Junker, der lange Jahre hindurch die ruhige und konservative polnische Bevölkerung unter der Losung der polnischen Frage bedrückt hat, diesem seinem Rittergute, seiner stärksten Festung, den stärksten Schlag versetzt.

— Denken Sie an die Stimmen, die die Enteignung auch des deutschen Landes zu Gunsten des Kleingrundbesitzes fordern?

— Nicht auch, sondern . . . hauptsächlich. Nicht Hunderte sondern Tausende von Stimmen waren vom ersten Augenblick an in Versammlungen und in der Presse für die Enteignung der deutschen Latifundien, die durch ihre Bedeutung und ihren Umfang den heute nur noch geringen polnischen Großgrundbesitz unendlich übertreffen. Man hat den Grundsatz des Privateigentums angetastet und das rächt sich jetzt durch Erwachen des Appetits. Sogar ohne ihre Durchführung hat schon allein die Aufstellung der Enteignungstheorie das moralische Ansehen des Großgrundbesitzes in der deutschen Volksgesamtheit untergraben. Das Verhältnis des Arbeitgebers zum Arbeitnehmer beginnt sich bei den Deutschen immer mehr zu verschlechtern.

— Wo ist aber die politische Geschicklichkeit der preußischen Junker? Wo ihre Energie, der diese Klasse die Beherrschung eines so großen Staates verdankt? Verstehen sie es nicht, nachdem sie ihren Fehler eingesehen haben, Kehrt zu machen, um die ihnen drohende Gefahr abzuwenden?

— Die politische Energie der preußischen Junker war von jeher eine große. Das ist richtig. Aber gerade in dieser Angelegenheit befinden sie sich in einer unermesslich schwierigen Lage. Der damalige Reichskanzler forderte die Enteignung, Fürsten und Grafen sprachen und stimmten für das sozialistische Gesetz. Nicht alle allerdings, aber eine genügende Anzahl von ihnen. Mit dem „Grundsatz“ sich zu verteidigen, mit der „Tradition“ gegen den sozialistischen Gedanken aufzutreten, das fällt ihnen jetzt wahrhaftig nicht leicht. Und deshalb dürfen wir uns in dieser Hinsicht nicht von allzu großem Optimismus leiten lassen, denn der ideelle Ansturm ist auch in Hinsicht auf die Enteignung so stark, daß er vielleicht das Übergewicht erhalten wird.

— Wie sieht der hauptsächlichste Sturmbock aus, mit dem gegenwärtig die Linke operiert?

— Sie ist bemüht, der öffentlichen Meinung einzureden, daß das Hauptmoment des Zögerns mit der Enteignung weder die soziale, noch die wirtschaftliche Frage ist, sondern die Rücksicht auf einen demütigenden und für eine mächtige Nation unmöglich zu ertragenden Einfluß — die Rücksicht auf das Ausland. Diese in den Konventikeln der Linken festgelegte sehr geschickte Taktik stützt sich auf die Kenntnis der preußischen Seele, die unerhört stolz und ehrgeizig, stets bereit ist, den eigenen Vorteil zu vergessen, wenn sie sich nur vor niemandem beugen braucht. Die Nationalliberalen wissen sehr wohl, auf welche Art sie die in dieser Hinsicht schon an und für sich schwierige Lage der Regierung und der Rechten noch mehr erschweren können. Auf der einen Seite erinnern sie daran: „Ihr habt die Enteignung selbst beschlossen“ und auf der andern Seite fügen sie hinzu: „Und jetzt zieht ihr euch vor fremdem Einfluß zurück.“ An und für sich ist diese letzte Behauptung für jeden Kenner der preußischen Verhältnisse künstlich herangezogen. Es ist bekannt, daß die stärkste auf 5 Millionen Bajonette gestützte Macht des Kontinents sich in ihren innern

Angelegenheiten nicht von Rücksichten auf vertrauliche Fingerzeige des Auslands leiten läßt. Und weil dies alle wissen, deshalb erzielt die giftgeschwollene Taktik der Linken immerhin nicht die Erfolge, die sie in einem andern Staate erzielen könnte.

— Und die Rücksichten auf das Gerechtigkeitsgefühl? Spielen sie keine Rolle in der öffentlichen Meinung, weder auf dieser, noch auf jener Seite der deutschen Nation?

— Der Abgeordnete von Morawski antwortete:

— Wozu von der Gerechtigkeit sprechen! Reden wir lieber vom Interesse

— Welchen Einfluß übt aber die Enteignungstheorie auf die innern polnischen Verhältnisse aus?

— Auf den größeren, unmittelbar bedrohten Grundbesitz, auf dessen Arbeit und Selbstempfinden gradezu gar keinen. Er weiß, daß von ihm die Lösung dieser Frage nicht abhängt. Es könnte im Gegenteil bei der Weiterentwicklung dieser Angelegenheit sehr viel von den breiten Massen des polnischen Volkes abhängen. Daß sein sozial-wirtschaftliches Verhältnis zu den deutschen Gutsherren bedeutenden Veränderungen unterliegen kann, und daß dieses Bewußtsein heut schon ziemlich allgemein verbreitet ist, daran kann man nur schwer zweifeln. Wir dürfen aber auch nicht vergessen, daß die in dieser Hinsicht leichte Rache für unsere Volksgesamtheit selbst verderblich sein würde. Und unsere öffentliche Meinung müßte es wissen und weiß es auch, daß jede Verbrüderung mit der deutschen Umsturzbewegung für uns mehr als gefährlich, ja, für unsere Volksgesamtheit gradezu mörderisch ist. Auf dem Wege der Bedrückung hat uns die Germanisierung nicht erstickt, auf diesem neuen, bisher nicht beschrittenen Wege, auf dem Wege der Vergeltung für die Enteignung, würde eventuell die Vereinigung der sozialistischen Bewegung in Deutschland mit der unsrigen zustande kommen, und das würde der nationale, religiöse, soziale Verfall sein, schlimmer als alles, was bisher gewesen ist.

— Es können also in Zukunft von dieser Seite aus starke Versuchungen herantreten?

— Versuchungen? — unzweifelhaft! Unsere gegenüber dem ideellen und aktiven Kampfe bisher unerschütterte und solidariisch dastehende Volksgesamtheit befindet sich zwischen zwei deutschen Elementen: dem der Junker einerseits und dem jüdisch-liberalen-sozialistischen Elemente andererseits. Der Kampf dieser beiden Mächte hat bereits begonnen; beide sind stark, geschickt und scheuen vor nichts zurück. Dem staatlichen Organismus, in welchem auch wir leben, stehen sehr große Erschütterungen bevor. Gleich groß muß unsere Vorsicht, unsere kühle Überlegung auch in den schwierigsten Lagen sein, und wir müssen ebenso wie unsere Nachbarn verschiedenster Färbung auf unser eigenes Interesse achten.

Hierzu bemerkt der Kurjer Poznanski in seiner Nr. 4 vom 5. Januar 1911:

— Soviel der Abgeordnete von Morawski. Seine Warnungen vor dem Gespenst der Arbeiterbewegung, die einen Teil unseres Volkes mit der Sturmflut des deutschen Radikalismus, der den deutschen Großgrundbesitz bekämpft, verschmelzen könnte, sind verständlich. Eine andere Sache ist es, ob solche Befürchtungen und Warnungen die innerhalb unserer Volksgesamtheit durch die Regierungspolitik geschaffenen Strömungen aufhalten werden. Wenn sie die polnischen Güter enteignen werden, dann wird sich das Verhältnis des Landarbeiters zum Groß-

grundbesitz radikal ändern. Es kann ein unendlich greller, dem Strafgesetz unterliegender Kampf beginnen, aber auch ein ständiger, andauernder, der es viel mehr, ohne Ungeheuerlichkeiten zu begehen, versteht, den Landbaronen die Bewirtschaftung ihrer Güter geradezu unerträglich zu machen. Hierüber ist schon viel gesprochen und geschrieben worden, auch über die Gefahr, die aus einer solchen Verbrüderung und Verschmelzung der radikalen deutschen sozialen Bewegung mit einer eventuellen polnischen für unsere nationalen und sozialen Verhältnisse entstehen würde. Deshalb muß unzweifelhaft schon heute diese Angelegenheit untersucht und geprüft werden, denn sie kann jeden Augenblick aktuell werden. Es ist dies wieder eine der äußerst schwierigen Aufgaben, die uns ständig die preussische Politik stellt.

Aus Nr. 360 des Kurjer Warszawski (Warschau) vom 31. Dezember 1910:

Korrespondenz des „Kurjer Warszawski“.

Die schlesischen Genossenschaften, die nach dem Muster der Posener Genossenschaften angelegt worden sind, aber dem Verbandsverband, dessen Patron der verstorbene Prälat Wawrzyniak war, nicht angehören, haben auf seinen Rat hin bei der preussischen Regierung im Jahre 1907 den Antrag gestellt, einen besonderen schlesischen Verband zu bestätigen und ihm das eigene Revisionsrecht zu verleihen. Von der Vorsetzung ausgehend, daß „Genossenschaftsachen nur vom finanziellen und wirtschaftlichen Standpunkte aus betrachtet werden dürften“, hat der Patron der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß „sich die Regierung von konfessionellen und nationalen Rücksichten nicht leiten lassen und dem Verbandsverband das Revisionsrecht nicht verweigern werde.“

Der vorsichtige Patron rechnete aber schon damals auf dem Pöpliner Landtage mit der Möglichkeit einer feindlichen Haltung der preussischen Behörden und empfahl für diesen Fall, daß die schlesischen Genossenschaften dem polnischen Revisoren besitzenden Verbandsverband beitreten sollten. Er konnte natürlich nur den Posener Verband im Sinne haben. Nach drei Jahren geduldigen Wartens hat jetzt die Regierung den Antrag auf Bildung einer unabhängigen Genossenschaftsorganisation in Schlesiens mit eigenen Revisoren abgelehnt. Jetzt werden also die 15 schlesischen Genossenschaften entweder dem Fingerzeige des verstorbenen Prälaten Wawrzyniak folgen, wozu sie aber anscheinend keine Lust haben, oder sie werden ein besonderes Patronat ohne Revisoren bilden, deren Funktionen von der Regierung ernannte Beamte ausüben werden, oder sie werden ihre Tätigkeit auf ganz Sachsen und Preußen ausdehnen und dem allgemeinen deutschen Verbandsverband als schlesischer Zweigverband beitreten. In jedem Falle trösteten sich die Fachleute damit, daß die schlesische Organisation nach dem Muster des vorzüglich prosperierenden Posener Verbandes sogar unter der Kontrolle in die Verhältnisse nicht eingeweihter Revisoren alle Verbandsaufgaben erfüllen wird, zu welchem gehören:

1. Gründung neuer Genossenschaften;
2. Abhaltung von Verbandstagen zum Zwecke der Berichterstattung und Fachausbildung;
3. Veröffentlichung von Jahresberichten und Herausgabe des Poradnik dla Spolek;
4. schließlich Erleichterung des Kredits und Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes.

Dies wird um so mehr angebracht sein, als die Regierung durchaus nicht daran denkt, von ihrem Exterminationprogramm abzuweichen.